

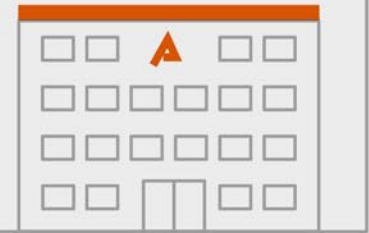
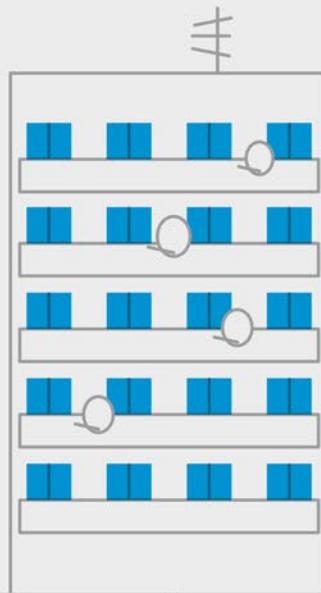
7

Sozialstruktur und soziale Lagen

Auszug aus dem
Datenreport 2018

32

Prozent der Arbeitslosen in Westdeutschland und 21 Prozent in Ostdeutschland betrachteten 2016 ihren Anteil am Lebensstandard als gerecht.



22

Prozent der Söhne eines Landwirtes in Westdeutschland wurden später ebenfalls Landwirt.



61 700

14- bis 20-Jährige wurden 2016 rechtskräftig nach Jugendstrafrecht verurteilt.



27

Prozent der ab 2013 nach Deutschland gelangten Geflüchteten aus Syrien verfügten über einen akademischen Abschluss.

76

Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund schätzten 2015 ihre deutschen Lesekenntnisse als gut oder sehr gut ein.





7

Sozialstruktur und soziale Lagen

7.1 Soziale Lagen und soziale Schichtung*

*Überarbeitung der Version, die 2013 von Roland Habich erstellt wurde.

Mareike Bünning
WZB

WZB/SOEP

Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes finden in den letzten Jahren wieder große Aufmerksamkeit in der öffentlichen Debatte. Während sich die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik insgesamt positiv entwickelt hat, kommt dies nicht allen Menschen gleichermaßen zugute. Die soziale Ungleichheit nimmt zu, immer mehr Menschen in Deutschland sind armutsgefährdet (siehe Kapitel 6.2.2, Seite 222, sowie 6.4.1, Seite 240, und 6.4.2, Seite 242) und die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Im öffentlichen Diskurs wird vielfach die Sorge geäußert, dass

damit auch eine emotionale Komponente einhergeht und sich insbesondere in Ostdeutschland immer mehr Menschen abgehängt beziehungsweise nicht mehr »mitgenommen« fühlen. Vor diesem Hintergrund wird in diesem Kapitel die ungleiche Verteilung der Lebenschancen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der gesellschaftlichen Statushierarchie betrachtet. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, inwieweit sich die Sozialstruktur und die damit einhergehenden Lebensbedingungen in West- und Ostdeutschland fast 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung immer noch unterscheiden. ► [Info 1](#)

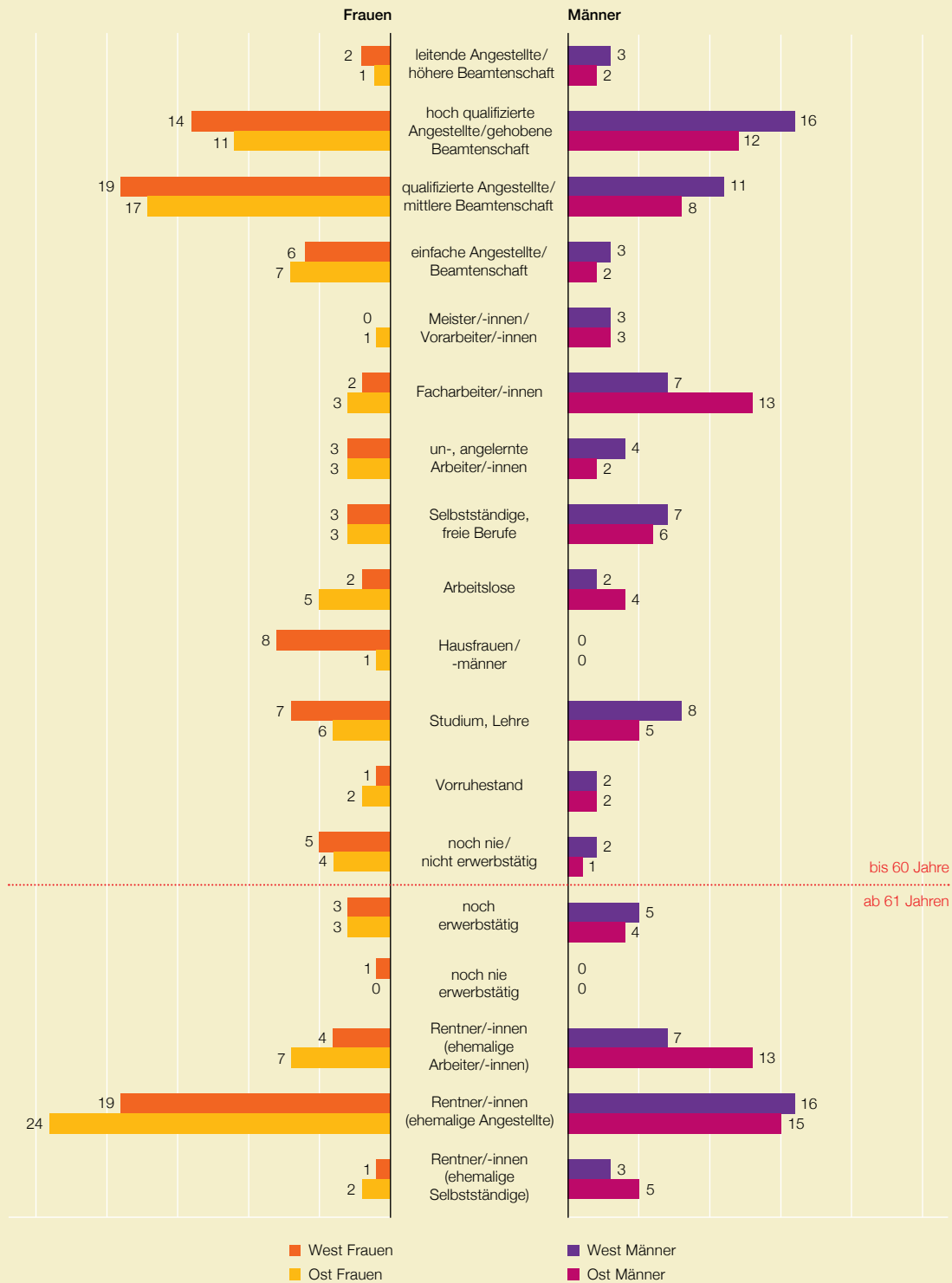
► Info 1

Soziale Lagen und soziale Schichten

Konzepte wie soziale Lagen und soziale Schichtung beziehen sich auf die vertikale Gliederung der Gesellschaft und werden zur Analyse von Strukturen sozialer Ungleichheit verwendet. Damit können die Positionen von Personen in einer Statushierarchie erfasst werden. Demnach ergeben sich aufgrund materieller Lebensbedingungen verschiedene typische Erwerbs- und Lebenschancen, die sich in einer sozialen Lage oder sozialen Schicht verdichten. Unterschiedliche soziale Lagen und soziale Schichten bieten also unterschiedliche und ungleich verteilte Lebensgestaltungschancen.

Soziale Schichtung bezeichnet generell eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich zum Beispiel in Einkommens-, Prestige- und Einflussdifferenzen ausdrückt. Das Konzept der sozialen Lagen bezieht neben klassischen Ungleichheitsdimensionen wie dem Erwerbsstatus weitere Indikatoren objektiver und subjektiv wahrgenommener Lebensbedingungen mit in eine multidimensionale Analyse sozialer Ungleichheit ein. Zunächst werden soziale Lagen nach dem Erwerbsstatus beziehungsweise Status der Nichterwerbstätigkeit unterschieden. Anschließend werden die sozialen Lagen in Bezug auf objektive Merkmale wie dem Einkommen und subjektive Merkmale wie der Lebenszufriedenheit verglichen.

► Abb 1 Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 2016 – in Prozent



Datenbasis: ALLBUS 2016.

► Tab 1 Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 1990/1991 und 2016 – in Prozent

	West		Ost		West		Ost	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1990		1991		2016			
bis 60 Jahre								
Leitende Angestellte/höhere Beamtenschaft	3	1	2	1	3	2	2	1
Hoch qualifizierte Angestellte/gehobene Beamtenschaft	16	7	13	14	16	14	12	11
Qualifizierte Angestellte/mittlere Beamtenschaft	11	14	5	22	11	19	8	17
Einfache Angestellte/Beamtenschaft	3	8	4	9	3	6	2	7
Meister/-innen, Vorarbeiter/-innen	4	0	10	2	3	0	3	1
Facharbeiter/-innen	15	1	28	10	7	2	13	3
Un-, angelernte Arbeiter/-innen	4	2	3	2	4	3	2	3
Selbstständige, freie Berufe	8	4	7	5	7	3	6	3
Arbeitslose	2	2	7	10	2	2	4	5
Hausfrauen/-männer	0	25	0	3	0	8	0	1
Studium, Lehre	11	5	3	1	8	7	5	6
Vorruhestand	2	2	4	7	2	1	2	2
Noch nie/nicht erwerbstätig	1	5	0	0	2	5	1	4
ab 61 Jahren								
Noch erwerbstätig	3	1	3	1	5	3	4	3
Noch nie erwerbstätig	0	6	0	1	0	1	0	0
Rentner/-innen (ehemalige Arbeiter/-innen)	3	5	2	4	7	4	13	7
Rentner/-innen (ehemalige Angestellte)	10	11	8	10	16	19	15	24
Rentner/-innen (ehemalige Selbstständige)	4	2	2	2	3	1	5	2

Datenbasis: ALLBUS 1980–2012 kumuliert, ALLBUS 2016.

7.1.1. Soziale Lagen in Deutschland

Im Folgenden wird ein übergreifendes Bild der Sozialstruktur der Bundesrepublik präsentiert, das auf die Konzepte der sozialen Lagen und der subjektiven Schichteinstufung zurückgreift. Für die Unterscheidung von sozialen Lagen wird die erwachsene Bevölkerung in unter und über 60-Jährige sowie nach ihrer Stellung zum und im Erwerbsleben aufgliedert. Daraus ergeben sich insgesamt 18 soziale Lagen von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen, die zunächst für Männer und Frauen getrennt dargestellt werden. Im Blickpunkt dieses Kapitels steht die Sozialstruktur im Jahr 2016 in West- und Ostdeutschland. Durch den Vergleich mit dem Jahr 1990 beziehungsweise 1991 können zudem die Richtung des sozialen Wandels insgesamt sowie insbesondere die sozialstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland in der Zeit seit der deutschen Vereinigung betrachtet

werden. Dabei richtet sich das Interesse vor allem darauf, inwieweit soziale Lagen einerseits mit objektiven Lebensbedingungen einhergehen und andererseits mit subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen verbunden sind. ► Abb 1

Die massiven Umwälzungen, die nach 1990 auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt stattfanden, brachten weitreichende Konsequenzen für die Sozialstruktur mit sich. Während sich die DDR als vollbeschäftigte Arbeitsgesellschaft charakterisieren ließ, folgten für einen erheblichen Teil der ehemals Erwerbstätigen im Verlauf der gesellschaftlichen Transformation nach der deutschen Vereinigung ungewollte Lebensphasen in Arbeitslosigkeit, Vorruhestand und Hausfrauenrolle. Im Zeitverlauf näherten sich die Beschäftigungsstrukturen in Ostdeutschland denen in Westdeutschland an.

Die Sozialstruktur Westdeutschlands veränderte sich im Vergleich dazu seit 1990

nur leicht. Die einzige Ausnahme stellt die gestiegene Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben dar: Der Anteil der Hausfrauen ging seit 1990 um zwei Drittel zurück. Parallel dazu stieg der Anteil von Frauen in qualifizierten und hoch qualifizierten Angestelltenpositionen deutlich an. Die Hausfrauenrolle ist aber auch heute noch in Westdeutschland wesentlich weiter verbreitet als in Ostdeutschland. ► Tab 1

In Westdeutschland sowie bei ostdeutschen Frauen dominieren unter den Erwerbstätigen die Angestellten und Beamten. Während die alte Bundesrepublik bereits über einen längeren Zeitraum als eine »Angestelltengesellschaft« bezeichnet wurde, hat sich die ausgeprägte »Facharbeitergesellschaft« der damaligen DDR mittlerweile weitgehend aufgelöst, wenn gleich bei den Männern Facharbeiterpositionen immer noch stärker und Angestelltenpositionen weniger verbreitet sind als in Westdeutschland.

► Tab 2 Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2016 – in Prozent

	Quintile des Haushaltseinkommens pro Kopf ¹						Wohneigentum ²		Eigene wirtschaftliche Lage	
	West			Ost			West	Ost	ist sehr gut/gut	
	unterstes	mittleres	oberstes	unterstes	mittleres	oberstes			West	Ost
bis 60 Jahre										
Leitende Angestellte/höhere Beamtenschaft	4	8	64	/	/	/	58	/	88	/
Hoch qualifizierte Angestellte/gehobene Beamtenschaft	2	17	46	3	21	34	63	52	87	82
Qualifizierte Angestellte/mittlere Beamtenschaft	5	23	24	10	25	21	56	51	72	70
Einfache Angestellte/Beamtenschaft	34	17	7	23	35	5	46	60	52	47
Meister/-innen, Vorarbeiter/-innen	8	27	28	5	33	5	62	67	71	88
Facharbeiter/-innen	11	32	7	13	37	2	57	67	60	58
Un-, angelernte Arbeiter/-innen	26	20	10	40	28	0	40	39	54	48
Selbstständige, freie Berufe	13	8	44	18	18	18	58	63	61	57
Arbeitslose	70	12	0	81	2	0	25	29	13	19
Hausfrauen/-männer	37	14	6	/	/	/	58	/	59	/
Studium/Lehre	40	22	11	68	7	0	60	36	67	58
Vorruhestand	35	14	14	52	19	7	66	57	51	50
Noch nie/nicht erwerbstätig	47	9	7	68	7	4	43	22	45	44
ab 61 Jahren										
Noch erwerbstätig	8	18	37	13	23	23	64	67	78	64
Rentner/-innen (ehemalige Arbeiter/-innen)	24	21	3	38	19	0	60	61	66	58
Rentner/-innen (ehemalige Angestellte, Beamte)	15	20	24	17	25	4	73	51	81	80
Rentner/-innen (ehemalige Selbstständige)	31	17	13	44	6	0	91	65	68	58

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf. Zu Quintilen siehe Kapitel 6.3, Seite 233, Info 5.

² Anteil der Personen, die angaben, dass sie im eigenem Haus/in der eigenen Wohnung (auch Familienbesitz) wohnen.

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2016.

Ein Zeitvergleich (1990/1991 bis 2016) verdeutlicht die Unterschiede zwischen den vielfältigen Umbrüchen während der Transformation in Ostdeutschland und der eher kontinuierlichen Entwicklung im Westen Deutschlands. Insbesondere der etwas höhere Bestand an Arbeitslosen sowie die vergleichsweise hohen Anteile der Rentnerinnen und Rentner sind als Folge des Arbeitsplatzabbaus im Osten Deutschlands weiterhin sichtbar.

Je nach sozialer Lage bieten sich unterschiedliche Chancen zur Lebensgestaltung. Die Ungleichheit in den objektiven Lebensbedingungen, die sich aus der Zugehörigkeit zu den hier unterschiedenen sozialen Lagen ergibt, äußert sich unter anderem in Einkommensunterschieden, im allgemeinen Lebensstandard – zum Beispiel gemessen am Wohneigentum – sowie in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage.

Dabei zeigt sich, dass mit einer höheren Position in der hierarchischen Gesellschaftsstruktur erwartungsgemäß auch eine vorteilhaftere materielle Situation verbunden ist. Hoch qualifizierte oder leitende Angestellte und Beamte sowie Selbstständige befanden sich überdurchschnittlich oft im oberen Segment der Einkommensverteilung, während die Zugehörigkeit zu Arbeiterpositionen eher mit einem mittleren oder niedrigen Einkommen verbunden war. Vergleicht man die finanzielle Situation in Ost- und Westdeutschland, zeigt sich, dass Ostdeutsche in nahezu allen sozialen Lagen gegenüber Westdeutschen deutlich schlechter gestellt waren. Lediglich einfache Angestellte und Beamte in Ostdeutschland waren finanziell besser gestellt als in Westdeutschland. Bei Facharbeitern und qualifizierten Angestellten und Beamten

gab es nur geringe Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen. ► Tab 2

Wohneigentum verdeutlicht als relevanter Indikator für den allgemeinen Lebensstandard, dass mit den differenzierten sozialen Lagen auch Unterschiede in den Möglichkeiten der Ressourcenverwendung einhergehen: In Ost- und Westdeutschland fanden sich unterdurchschnittliche Eigentümerquoten vor allem bei wenig qualifizierten Arbeitern, Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen, in Westdeutschland auch bei einfachen Angestellten und Beamten.

Die ungleichen materiellen Verhältnisse, die mit diesen sozialen Lagen verbunden sind, spiegeln sich auch in der subjektiven Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation wider. Während Personen in privilegierten sozialen Lagen ihre wirtschaftliche Situation vorwiegend

► Tab 3 Indikatoren der subjektiven Wohlfahrt in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2016

	Gerechter Anteil am Lebensstandard Anteil »gerecht/mehr als gerecht«		Einstufung auf der Oben- Unten-Skala ¹		Allgemeine Lebens- zufriedenheit ²		Bei dieser Zukunft keine Kinder mehr ³	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %		Durchschnittswert		Durchschnittswert		in %	
bis 60 Jahre								
Leitende Angestellte/höhere Beamtenschaft	81	/	7,6	/	8,3	/	16	/
Hoch qualifizierte Angestellte/gehobene Beamtenschaft	84	68	7,2	6,8	8,3	8,2	13	17
Qualifizierte Angestellte/mittlere Beamtenschaft	71	57	6,6	6,5	8,0	7,7	22	26
Einfache Angestellte/Beamtenschaft	49	40	5,9	5,6	7,3	7,2	31	53
Meister/-innen, Vorarbeiter/-innen	61	38	6,7	6,2	8,1	7,8	33	52
Facharbeiter/-innen	56	35	6,3	6,0	7,7	7,2	25	49
Un-, angelernte Arbeiter/-innen	47	34	5,6	6,0	7,1	6,8	50	52
Selbstständige, freie Berufe	67	55	6,8	6,2	8,0	7,2	19	34
Arbeitslose	32	21	4,7	4,8	5,2	5,9	54	62
Hausfrauen/-männer	65	/	6,5	/	7,9	/	30	/
Studium/Lehre	77	59	6,7	6,2	8,1	7,8	19	10
Vorruhestand	46	57	5,7	5,2	6,4	6,3	41	44
Noch nie/nicht erwerbstätig	48	44	5,7	4,8	7,1	6,6	13	47
ab 61 Jahren								
Noch erwerbstätig	68	48	6,8	6,4	8,2	7,6	30	37
Rentner/-innen (ehemalige Arbeiter/-innen)	52	33	5,6	5,6	7,8	7,0	39	51
Rentner/-innen (ehemalige Angestellte, Beamte)	79	53	6,5	6,4	8,2	7,7	22	34
Rentner/-innen (ehemalige Selbstständige)	72	39	6,6	6,0	7,8	7,5	11	34

1 Mittelwerte auf der Oben-Unten-Skala von 1 bis 10.

2 Mittelwerte auf Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

3 Zustimmung zur Aussage »So wie die Zukunft aussieht, kann man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen.«

/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2016.

als »sehr gut« oder »gut« bewerteten, fiel die Bewertung bei Personen in schlechteren sozialen Lagen erwartungsgemäß weniger günstig aus.

Die subjektive Beurteilung des eigenen Anteils am allgemeinen Lebensstandard als gerecht (beziehungsweise ungerecht) variiert ebenfalls nach sozialer Lage. Es zeigt sich, dass vor allem Arbeitslose, aber auch Personen in einfachen Arbeiter- oder Angestelltenpositionen sowie Facharbeiter und Meister in Ostdeutschland seltener als andere einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten glaubten. Nur 32 % der Arbeitslosen in Westdeutschland und 21 % in Ostdeutschland betrachteten ihren Anteil am Lebensstandard als gerecht. Grundsätzlich sahen Ostdeutsche über fast alle Lagen hinweg ihren Lebensstandard im Vergleich zu Westdeutschen seltener als gerecht an. ► Tab 3

Die einzelnen sozialen Lagen repräsentieren auch unterschiedliche soziale Positionen in der subjektiv wahrgenommenen vertikalen Gliederung der Gesellschaft, wie an der Selbsteinstufung auf der »Oben-Unten-Skala« (1 bis 10) abzulesen ist. Am höchsten ordneten sich erwartungsgemäß leitende und höhere Angestellte und Beamte sowie Selbstständige ein, aber auch diejenigen, die in ihrem zurückliegenden Erwerbsleben eine solche Position ausgeübt hatten (Rentner) oder den Aufstieg in eine entsprechende Position für die Zukunft erwarten (noch in Ausbildung). Ganz unten ordneten sich dagegen einfache Angestellte, (ehemalige) un- und angelernte Arbeiter sowie Arbeitslose, Nichterwerbstätige und Personen im Vorruhestand ein. Die Differenz zwischen den sozialen Lagen mit der höchsten und niedrigsten Einstufung betrug zwei Skalen-

punkte in Ostdeutschland und sogar fast drei Skalenpunkte in Westdeutschland. Ostdeutsche stufen sich zudem in nahezu allen sozialen Lagen niedriger ein als Westdeutsche.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist das bilanzierende Maß der Bewertung aller Lebensumstände. Hier wird noch deutlicher als bei der wahrgenommenen sozialen Position in der gesellschaftlichen Hierarchie, dass mit den verschiedenen sozialen Lagen auch ein unterschiedlich hohes Niveau an Lebensqualität verbunden ist. Auch hier betrug die Differenz zwischen den sozialen Lagen mit der höchsten und niedrigsten Einstufung gut zwei Skalenpunkte in Ostdeutschland und gut drei Skalenpunkte in Westdeutschland. Zudem ist auch hier darauf hinzuweisen, dass die ostdeutsche Bevölkerung im Jahr 2016 immer noch in nahezu

allen sozialen Lagen über ein geringeres subjektives Wohlbefinden verfügte.

Auch bezüglich der Erwartungen an zukünftige Entwicklungen zeigen sich deutliche Unterschiede nach sozialer Position. Insbesondere einfache Arbeiter und Arbeitslose – in Ostdeutschland auch einfache Angestellte, Facharbeiter und Meister – blickten pessimistisch in die Zukunft. Sie waren zu großen Teilen der Ansicht, so wie die Zukunft aussehe, könne man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen. Personen in höheren Angestelltenpositionen sowie

Studierende und Auszubildende teilten diese Ansicht hingegen eher selten. Zudem war Zukunftspessimismus in Ostdeutschland über nahezu alle sozialen Lagen hinweg weiter verbreitet als in Westdeutschland. Nur Studierende und Auszubildende im Osten schätzten die Zukunft optimistischer ein als im Westen.

7.1.2 Subjektive Schichtzugehörigkeit

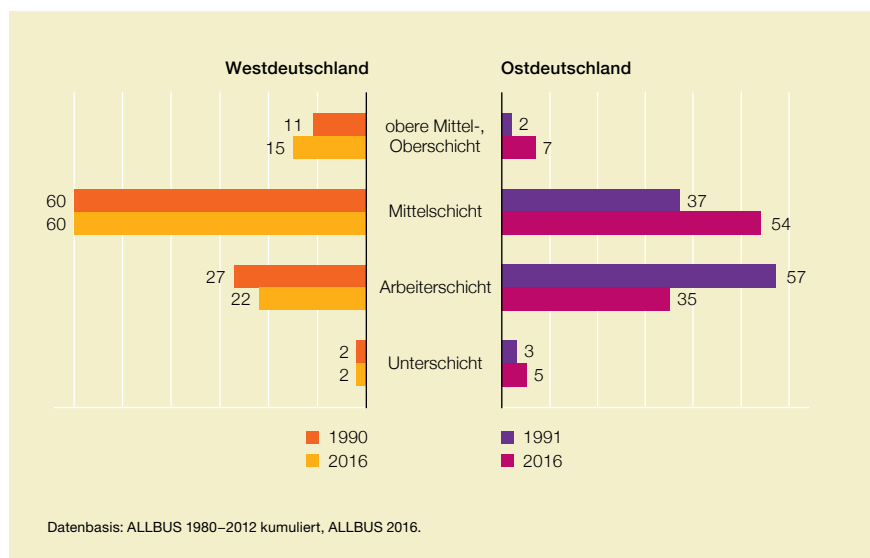
Eine relevante Ergänzung des im Wesentlichen auf objektiven Informationen zur Stellung zum und im Erwerbsleben beru-

henden Bildes der sozialen Lagen liefern Informationen über die subjektive Schichteinstufung. Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status und ihre Chancen auf gesellschaftlichen Teilhabe im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten und welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen – Fragen, die auch für das Jahr 2016 im Vergleich von Ost- und Westdeutschland von erheblichem Interesse sind.

In Westdeutschland ordnete sich im Jahr 2016 ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung der Unter- oder Arbeiterschicht zu, knapp zwei Drittel der Mittelschicht und ein Siebtel der oberen Mittel- oder Oberschicht. Im Vergleich zu 1990 stufen sich etwas mehr Personen in die obere Mittel- und Oberschicht ein, etwas weniger Personen in die Arbeiterschicht. Die Veränderungen in Ostdeutschland sind deutlich stärker. 1991 ordnete sich noch über die Hälfte der Bevölkerung der Arbeiterschicht zu, nur ein gutes Drittel fühlte sich der Mittelschicht zugehörig. Inzwischen hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. Mit 7 % identifizierten sich 2016 zudem etwas mehr Ostdeutsche mit der oberen Mittel- und Oberschicht als noch 1991. Der Unterschicht im engeren Sinne ordnete sich in West- wie Ostdeutschland 2016 mit 2 beziehungsweise 5 % nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung zu. ▶ Abb 2

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Vergleich von West- und Ostdeutschland ergeben, sind damit auch heute noch bemerkenswert, obwohl sie sich deutlich verringert haben. Die in den früheren Jahren in Ostdeutschland zu beobachtende pyramidenförmige Schichtstruktur einer Arbeitergesellschaft näherte sich allmählich der zwiebelförmigen – für Mittelschichtgesellschaften charakteristischen – Verteilung in Westdeutschland an. Die Entwicklungen deuten für Ostdeutsch-

▶ Abb 2 Subjektive Schichtzugehörigkeit 1990/1991 und 2016 – in Prozent



▶ Tab 4 Subjektive Schichtzugehörigkeit in Deutschland 1980–2016 – in Prozent

	Unterschicht	Arbeiterschicht	Mittelschicht	obere Mittel-/Oberschicht
Westdeutschland				
1980	1	30	59	10
1991	1	24	62	13
2000	1	30	59	10
2010	3	23	62	13
2016	2	22	60	15
Ostdeutschland				
1991	3	57	37	2
2000	2	49	45	3
2010	4	38	51	6
2016	5	35	54	7

Datenbasis: ALLBUS 1980–2012 kumuliert, ALLBUS 2016.

land somit auf einen signifikanten Wandel in der Wahrnehmung der eigenen Position in der hierarchischen Struktur der Gesellschaft hin.

Betrachtet man die Entwicklung der subjektiven Schichteinstufung in Westdeutschland seit 1980, zeigt sich hingegen, dass die subjektive Schichteinstufung hier über die vergangenen 36 Jahre weitgehend unverändert blieb und außer zyklischen Schwankungen kein Trend zu beobachten ist. Aktuelle Thesen über das Entstehen einer »neuen Unterschicht« und ein erhebliches Schrumpfen der Mittelschicht finden somit zumindest auf der Grundlage der subjektiven Schichtidentifikation weder für Ost- noch für Westdeutschland empirische Bestätigung. ▶ Tab 4

Die subjektive Schichtzugehörigkeit wird nicht nur von objektiven Faktoren bestimmt, sondern hängt darüber hinaus

von dem jeweils zugrunde liegenden Bezugsrahmen und den verwendeten Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben ab. Dennoch bestimmt der faktische sozio-ökonomische Status beziehungsweise die soziale Lage maßgeblich die subjektive Schichteinstufung. Personen, die eine Arbeiterposition einnahmen oder früher eingenommen hatten (Rentner), identifizierten sich – insbesondere in Ostdeutschland – auch subjektiv tendenziell mit der Arbeiterschicht. Personen mit einem Angestellten- oder Beamtenstatus sowie Selbstständige ordneten sich dagegen mit überwiegender Mehrheit der Mittelschicht zu. Eine Ausnahme bilden lediglich die einfachen Angestellten, die sich in Ostdeutschland eher der Arbeiterschicht zugehörig fühlten. In die obere Mittel- und Oberschicht stufen sich insbesondere leitende und höhere Angestellte

und Beamte ein, in Westdeutschland darüber hinaus auch Selbstständige. ▶ Tab 5

Ostdeutsche identifizierten sich im Vergleich zu Westdeutschen auch im Jahr 2016 noch über nahezu alle sozialen Lagen hinweg zu größeren Anteilen mit der Arbeiterschicht und zu geringeren Teilen mit der Mittel- oder gar der Oberschicht. Dieser Befund deutet darauf hin, dass sich die weiterhin bestehenden auffälligen Ost-West-Differenzen in der subjektiven Schichteinstufung nur partiell durch Unterschiede in der Verteilung auf die verschiedenen Statuslagen erklären lassen. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Schichtungsgefüges deshalb tendenziell niedriger einstuft, weil sie sich nach wie vor mit der westdeutschen vergleicht und aus dieser Perspektive Statusdefizite wahrnimmt.

▶ Tab 5 Subjektive Schichtzugehörigkeit nach sozialen Lagen 2016 – in Prozent

	Subjektive Schichtzugehörigkeit					
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Unter-/ Arbeiter- schicht	Mittelschicht	obere Mittel-/ Oberschicht	Unter-/ Arbeiter- schicht	Mittelschicht	obere Mittel-/ Oberschicht
bis 60 Jahre						
Leitende Angestellte/höhere Beamtschaft	5	51	44	/	/	/
Hoch qualifizierte Angestellte/gehobene Beamtschaft	6	67	28	16	63	21
Qualifizierte Angestellte/mittlere Beamtschaft	18	70	12	28	66	6
Einfache Angestellte/Beamtschaft	43	53	4	60	38	2
Meister/-innen, Vorarbeiter/-innen	45	50	5	58	38	4
Facharbeiter/-innen	53	43	4	68	30	2
Un-, angelernte Arbeiter/-innen	63	34	2	66	34	0
Selbstständige, freie Berufe	18	60	22	29	59	13
Arbeitslose	59	41	0	73	27	0
Hausfrauen/-männer	32	48	20	/	/	/
Studium/Lehre	17	59	24	15	73	12
Vorruhestand	37	61	3	48	48	4
Noch nie/nicht erwerbstätig	45	43	12	65	35	0
ab 61 Jahren						
Noch erwerbstätig	19	70	11	29	67	5
Rentner/-innen (ehemalige Arbeiter/-innen)	48	51	1	68	33	0
Rentner/-innen (ehemalige Angestellte, Beamte)	15	69	16	26	68	5
Rentner/-innen (ehemalige Selbstständige)	18	70	13	39	61	7

/ Fallzahl zu gering.
Datenbasis: ALLBUS 2016.

7.2 Soziale Mobilität

Reinhard Pollak
WZB

WZB/SOEP

Die soziale Lage, in der sich Menschen befinden, bestimmt zentrale Bereiche des Lebens dieser Menschen, wie etwa das Einkommen, die Gesundheit, die Lebenserwartung oder die gesellschaftliche und politische Teilhabe. Warum aber befinden sich Menschen in unterschiedlichen sozialen Lagen? Wie kommen sie in diese unterschiedlichen sozialen Lagen? Für Deutschland gilt, dass die eigenen Anstrengungen im Erwachsenenalter nur einen kleinen Teil dieser unterschiedlichen Lagen in der Gesellschaft erklären. Es sind vielmehr die familienbedingten Startchancen von Kindern und Jugendlichen, die ausschlaggebend sind für die eigene soziale Lage im späteren Leben. Entsprechend wichtig ist es zu untersuchen, wie es um diese Startchancen in unserer Gesellschaft bestellt ist. Wie groß sind die Chancen, aus einem weniger vorteilhaften Elternhaus aufzusteigen? Wie groß ist das Risiko, im Vergleich zu den Eltern abzustiegen? Wie verändert sich dies in unserer Gesellschaft über die Zeit?

Die gesellschaftspolitische Bedeutung von sozialen Auf- und Abstiegen wird in der öffentlichen Diskussion der letzten Jahre immer stärker erkannt und betont – insbesondere die Auf- und Abstiege zwischen den Generationen. Sie sind Ausdruck der intergenerationalen sozialen Mobilität in einer Gesellschaft. Soziale Mobilität beschreibt somit das Ausmaß, in dem sich Kindergenerationen in einer anderen sozialen Lage befinden als ihre Elterngeneration. Das heißt, soziale Mobilität zeigt an, wie gut es Kindern aus weniger vorteilhaften sozialen Lagen gelingt, für sich selbst vorteilhafte soziale Lagen zu erreichen, oder umgekehrt, wie hoch das Risiko von Kindern mit vorteilhafter Familienherkunft ist, später eine weniger vorteilhafte soziale Lage zu erreichen.

Zur Beschreibung der sozialen Lagen können verschiedene Maße herangezogen werden. Ein international gebräuchliches Maß für die Gliederung von Lebenschancen ist die Klassenlage beziehungsweise Klassenposition einer Person. Die Klassenlage leitet sich aus der aktuellen

beziehungsweise früheren beruflichen Position der Person ab. Sie wirkt sich nicht nur auf die eigene Lebensführung aus, sondern beeinflusst – insbesondere in Deutschland – in hohem Maße die Bildungs- und Berufschancen der eigenen Kinder und damit deren spätere Klassenposition. Eltern mit einer vorteilhaften Klassenposition gelingt es viel häufiger, ihren Kindern durch gute Bildung und durch zusätzliche Unterstützung den Zugang zu vorteilhaften Klassenpositionen zu ermöglichen (siehe Kapitel 3.1.2, Seite 109). Eltern in eher nachteiligen Klassenpositionen können ihren Kindern nicht so viele Ressourcen mit auf den Lebensweg geben. Ihre Kinder nehmen später selbst eher benachteiligte Klassenpositionen ein. Dadurch kommt es zwischen den Generationen nur in begrenztem Umfang zu sozialen Auf- oder Abstiegen.

Im Folgenden werden vier Aspekte der sozialen Mobilität in Deutschland näher untersucht: Hatten die Eltern bereits die gleiche Klassenposition, die ihre Kinder heute einnehmen? In welchem Ausmaß werden Klassenpositionen der Eltern an ihre Kinder weitervererbt? Wie hoch ist das Ausmaß der Auf- und Abstiege in Deutschland? Und was bedeuten diese Auf- und Abstiege für die Chancengleichheit in der deutschen Gesellschaft? Bei der Beantwortung dieser Fragen wird ein besonderes Augenmerk auf die zeitliche Entwicklung der sozialen Mobilität, auf den Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland und auf die Unterschiede zwischen Männern und Frauen gerichtet.

7.2.1 Besetzung von Klassenpositionen nach sozialer Herkunft

Die folgenden Ergebnisse basieren auf verschiedenen repräsentativen Bevölkerungsumfragen aus den Jahren 1976 bis 2016. Die Befunde früherer Datenreport-Beiträge werden durch neuere Daten ergänzt und fortgeschrieben. Die betrachteten Personen der Kindergeneration waren zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 18 und 64 Jahre alt, entweder

► Tab 1 Selbstrekrutierungsraten 1976–2016 – in Prozent

	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1976–1980	1981–1990	1991–1999	2000–2009	2010–2016	1991–1999	2000–2009	2010–2016
Männer								
Obere Dienstklasse	28	23	28	25	29	19	31	38
Untere Dienstklasse	18	17	16	16	18	20	19	18
Einfache Büroberufe	12	17	14	14	11	/	/	/
Selbstständige	36	36	24	21	20	17	/	/
Landwirte	91	92	92	79	63	/	/	/
Facharbeiter/Meister	46	48	54	49	54	55	58	61
Ungelernte Arbeiter/Angestellte	38	33	36	39	38	32	32	29
Frauen								
Obere Dienstklasse	31	32	32	36	37	24	32	39
Untere Dienstklasse	18	17	16	15	14	16	19	17
Einfache Büroberufe	13	15	12	13	11	/	7	/
Selbstständige	21	20	23	18	15	20	/	/
Landwirtinnen	76	63	65	59	/	/	/	/
Facharbeiterinnen/Meisterinnen	43	43	47	47	45	51	59	56
Ungelernte Arbeiterinnen/Angestellte	27	30	27	30	31	31	22	26

Anteil von Männern und Frauen, deren Väter bereits eine identische berufliche Position innehatten.
/ Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemographie, ISJP, NEPS, 1976–2016.

berufstätig oder arbeitsuchend und hatten aus Vergleichsgründen alle die deutsche Staatsangehörigkeit. Für Ostdeutschland werden Bevölkerungsumfragen ab 1990 berücksichtigt. Als Maß für die soziale Herkunft, das heißt für die Position der Elterngeneration, wird die Klassenposition des Vaters zu dem Zeitpunkt herangezogen, als die jeweiligen Befragten ungefähr 15 Jahre alt waren. Angaben zur Klassenposition der Mutter wurden leider nicht oder nur lückenhaft erhoben.

In Tabelle 1 wird der Anteil der Befragten dargestellt, deren Väter bereits eine identische Klassenposition innehatten. Für dieses Ausmaß der Selbstrekrutierung der sozialen Klassen werden sieben Klassenpositionen unterschieden: obere Dienstklasse (zum Beispiel leitende Angestellte, freie Berufe), untere Dienstklasse (zum Beispiel hoch qualifizierte Angestellte, gehobene Beamtschaft), qualifizierte Büroberufe (zum Beispiel Sekretärinnen und Sekretäre, Buchhalte-

rinnen und Buchhalter), Selbstständige mit bis zu 49 Mitarbeitern (in Handel und Handwerk), Landwirtinnen und Landwirte, Facharbeiterinnen und Facharbeiter (auch Meisterinnen und Meister sowie Technikerinnen und Techniker) und schließlich die Klasse der ungelerten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten.

Am anschaulichsten kann das Ausmaß an Selbstrekrutierung anhand der Betrachtung der Landwirte (Männer) in Westdeutschland dargestellt werden: Bis zur Jahrtausendwende hatten gut 90 % der Landwirte einen Vater, der ebenfalls Landwirt war. Fast alle Landwirte kamen folglich aus einer Bauernfamilie. Dies änderte sich jedoch im neuen Jahrtausend deutlich. Im aktuellen Jahrzehnt sind nur noch 63 % der heutigen Landwirte Söhne von Bauern. Eine beachtliche Selbstrekrutierungsquote findet man ebenfalls bei Facharbeiterpositionen. Gut die Hälfte der heutigen Facharbeiter in Westdeutschland (54 %) hatte auch einen

Facharbeiter zum Vater. Dieser Anteil ist in der Tendenz eher höher als in früheren Jahrzehnten, das heißt, die Klasse der heutigen Facharbeiter wird bezüglich ihrer sozialen Herkunft zunehmend homogener. Die Gruppe der Selbstständigen ist dagegen deutlich heterogener geworden: Hatten die Selbstständigen in den 1970er- und 1980er-Jahren noch Selbstrekrutierungsraten von 36 %, so sank der Anteil im aktuellen Jahrzehnt auf 20 %. Bei allen anderen Klassen zeigen sich zwar leichte Schwankungen, ein deutlicher Trend bezüglich der Selbstrekrutierungsraten ist jedoch für diese Klassen nicht zu beobachten. Interessant ist, dass knapp 40 % der ungelerten Arbeiter und Angestellten ebenfalls einen ungelerten Arbeiter oder Angestellten als Vater hatten. Bei der oberen Dienstklasse waren die Selbstrekrutierungsraten dagegen mit 29 % deutlich geringer. Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass es mehr Auf- als Abstiege bei westdeutschen Männern geben könnte. ► Tab 1

Für Frauen in Westdeutschland sind hohe Selbstrekrutierungsraten unter den Landwirtinnen, den Facharbeiterinnen und in der oberen Dienstklasse zu finden. Während diese Raten für westdeutsche Landwirtinnen und Facharbeiterinnen etwas geringer waren als bei westdeutschen Männern, rekrutierten sich westdeutsche Frauen in der oberen Dienstklasse viel häufiger aus dieser Klasse als westdeutsche Männer, mit steigender Tendenz. Frauen in Selbstständigkeit in Westdeutschland hatten in den 2000er-Jahren hingegen nur selten einen selbstständigen Vater. Auch bei der unteren Dienstklasse deutet sich ein Trend zu einer geringeren Selbstrekrutierung an. Bei den übrigen Klassenpositionen ergeben sich wenige Veränderungen über die Zeit.

Die Ergebnisse für Ostdeutschland sind aufgrund der Fallzahlen und der besonderen Umbruchsituation in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung mit Vorsicht zu interpretieren. Es werden daher in den Tabellen nur solche Werte ausgewiesen, die auf belastbaren Fallzahlen basieren. Die meisten Beschäftigten in Ostdeutschland befinden sich in vier Klassenpositionen: in der oberen und in der unteren Dienstklasse sowie in der Facharbeiterklasse und der Klasse der ungelerten Arbeiter sowie Angestellten. Bei den Männern findet man für die obere Dienstklasse eine deutliche Zunahme der Selbstrekrutierungsrate: Während kurz nach der Wende nur 19 % der Mitglieder dieser Klasse auch aus einem solchen Elternhaus kamen, waren es in dem Zeitraum 2000 bis 2009 bereits 31 % und im aktuellen Jahrzehnt 38 %. Diese Werte sind damit sogar höher als in Westdeutschland. Bei der unteren Dienstklasse blieben die Raten für Männer weitgehend konstant. Die Facharbeiterklasse ist in Ostdeutschland sogar noch homogener als in Westdeutschland, und der Trend zur gleichen Herkunft in dieser Klasse zeigt sich auch für diesen Teil Deutschlands. 61 % der derzeitigen ostdeutschen Facharbeiter hatten bereits einen Facharbeiter als Vater. Bei ungelerten

Arbeitern und Angestellten war diese Rate nur halb so hoch und zeigte auch keinen eindeutigen Trend über die Zeit.

Ostdeutsche Frauen in der oberen Dienstklasse hatten ähnliche Selbstrekrutierungsraten wie ostdeutsche Männer. Diese Frauen kamen immer häufiger aus einem Elternhaus, in dem bereits der Vater der oberen Dienstklasse angehörte. Für die untere Dienstklasse, für die Klasse der Facharbeiterinnen und für die Klasse der ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten zeigen sich hingegen keine langfristigen Trends. Bei der unteren Dienstklasse gibt es kaum Veränderungen, bei Facharbeiterinnen scheint sich die Selbstrekrutierung aus der Facharbeiterklasse nach einem Anstieg Anfang des Jahrtausends wieder abzuschwächen, bei Frauen aus der Klasse der ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten ist es umgekehrt: Die Rate stieg zuletzt wieder an, nachdem es einen massiven Rückgang im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gegeben hatte.

Auffallend ist, dass ostdeutsche Frauen in der Facharbeiterklasse eine deutlich stärkere Selbstrekrutierung aufwiesen als westdeutsche Facharbeiterinnen (56 % im Vergleich zu 45 % im aktuellen Jahrzehnt). Bei den beiden Dienstklassen gibt es keine großen Unterschiede zwischen Frauen in Ost und West, bei der Klasse der ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten wiesen die ostdeutschen Frauen eine etwas geringere Selbstrekrutierung auf.

Bei allen genannten Unterschieden im Detail zeigt sich für Ost- und Westdeutschland eher eine hohe Stabilität in den Selbstrekrutierungsraten. Eine wichtige Ausnahme hiervon ist die zunehmende Selbstrekrutierung der oberen Dienstklasse insbesondere in Ostdeutschland. Das bedeutet, dass die höchsten gesellschaftlichen Positionen in zunehmendem Maße von Personen besetzt werden, deren Eltern bereits diese vorteilhaften Positionen innehatten. Die Gruppe wird homogener und es gibt anteilig weniger Personen, die es auch mit einem anderen familiären Hintergrund in die vorteilhafteste Klasse schaffen. Für Männer in

Ostdeutschland wird auch die Facharbeiterklasse zunehmend homogener.

Nicht nur die eigene Klassenlage, sondern auch das Risiko, arbeitslos zu werden, steht in Zusammenhang mit der sozialen Herkunft. Auch wenn die Arbeitslosigkeit in Ost und West in den vergangenen Jahren merklich gesunken ist, gibt es anteilig nach wie vor mehr arbeitslose Menschen in Ostdeutschland als in Westdeutschland. Aus welchen Herkunftsklassen kommen die Arbeitslosen und zeigen sich hier auch unterschiedliche Muster zwischen Ost und West? Zusätzliche – hier nicht im Einzelnen dargestellte – Analysen zeigen, dass von den heute arbeitslosen Männern und Frauen in Westdeutschland ungefähr zwei Drittel einen Vater aus der Facharbeiterklasse oder der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten hatten. In Ostdeutschland entstammten sogar knapp vier Fünftel der Arbeitslosen einem solchen Haushalt. Der durchschnittliche Anteil an Menschen, deren Vater aus einer der beiden Arbeiterklassen kam, ist in beiden Teilen Deutschlands wesentlich geringer (54 % beziehungsweise 63 %). In beiden Landesteilen rekrutiert sich die Gruppe der arbeitslosen Männer und Frauen damit überproportional aus den beiden Arbeiterklassen, in Ostdeutschland ist dies noch etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

7.2.2 Vererbung von Klassenpositionen nach sozialer Herkunft

In Tabelle 2 wird die Sichtweise auf soziale Mobilität umgedreht. Die Zahlen geben nun ausgehend von der Klassenposition der Väter an, wie viele Kinder wieder in die gleiche Klassenposition gelangen. Bei diesen Vererbungsdaten ist nun nicht mehr die Klassenposition der Befragten die Prozentierungsgrundlage für die Ergebnisse, sondern die Klassenposition des Vaters. Deutlich wird dieser Unterschied bei den Landwirten: Wie oben gezeigt, hatten die meisten heutigen Landwirte auch einen Landwirt zum Vater. Allerdings ist die Vererbungsrate deutlich geringer. Nur gut jeder fünfte Sohn eines

► Tab 2 Vererbungsraten 1976–2016 – in Prozent

	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1976–1980	1981–1990	1991–1999	2000–2009	2010–2016	1991–1999	2000–2009	2010–2016
Männer								
Obere Dienstklasse	44	49	46	41	46	26	29	36
Untere Dienstklasse	37	31	31	29	32	19	23	23
Einfache Büroberufe	11	16	13	15	14	/	/	/
Selbstständige	21	26	21	20	20	22	/	/
Landwirte	21	21	25	18	22	/	/	/
Facharbeiter/Meister	49	48	50	40	39	63	53	53
Ungelernte Arbeiter/Angestellte	25	22	24	30	26	18	29	26
Frauen								
Obere Dienstklasse	15	26	28	31	33	21	26	27
Untere Dienstklasse	41	33	38	39	36	37	39	45
Einfache Büroberufe	38	46	38	41	37	/	33	/
Selbstständige	12	11	15	13	10	24	/	/
Landwirtinnen	76	10	/	10	/	/	/	/
Facharbeiterinnen/Meisterinnen	43	8	11	8	8	22	17	13
Ungelernte Arbeiterinnen/Angestellte	27	45	38	40	37	36	34	32

Anteil von Männern und Frauen, die die gleiche berufliche Position einnehmen wie ihr Vater.
/ Fallzahl zu gering.
Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemographie, ISJP, NEPS, 1976–2016.

Landwirtes in Westdeutschland wurde später ebenfalls Landwirt (22 % im aktuellen Jahrzehnt). Das bedeutet, dass die meisten Bauernsöhne heute eine andere Klassenposition haben als ihre Väter und damit sozial mobil waren. Ähnliche Vererbungsraten findet man in der Klasse der Selbstständigen und etwas stärker in der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten. Die höchsten Vererbungsraten gibt es in Westdeutschland in der oberen Dienstklasse und in der Klasse der Facharbeiter: Etwa 46 % der Väter in der oberen Dienstklasse konnten im jüngsten Beobachtungszeitraum ihre vorteilhafte Position an ihre Söhne weitergeben; von den Facharbeitervätern waren es 39 %, die ihre Arbeiterposition an ihren Sohn vermachten. Die niedrigste Vererbungsrate findet man bei Männern in der Klasse der qualifizierten Büroberufe (14 %). Für die meisten Klassen haben sich Vererbungsraten in den vergangenen Jahrzehnten für westdeutsche Männer als weitgehend stabil erwie-

sen. Nur in der Facharbeiterklasse zeigt sich nach der Jahrtausendwende eine merkbliche Abnahme der Vererbungsraten. ► Tab 2

Die Vererbungsraten von Vätern auf ihre Töchter sind in der Tendenz niedriger als die Vererbungsraten von Vätern auf ihre Söhne. Dies liegt vor allem an geschlechtsbedingten Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt. Frauen und Männer besetzen typischerweise unterschiedliche Berufsfelder (zum Beispiel Arzthelferin, KFZ-Mechatroniker) und finden sich somit auch in unterschiedlichen Klassenpositionen wieder. Ausnahmen von dem typischen Vererbungsmuster von Vater-Sohn und Vater-Tochter gibt es für westdeutsche Frauen bei der unteren Dienstklasse, bei ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen und vor allem in der Klasse der qualifizierten Büroberufe. Im Schnitt nahmen etwa 37 % der Töchter eines Vaters aus dieser Klasse eine Position in der Klasse der qualifizierten Bürotätigkeiten ein. Bei den Söhnen waren es im

aktuellen Jahrzehnt nur 14 %. Ähnlich hoch sind die Vererbungsraten für westdeutsche Frauen in der unteren Dienstklasse und bei ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen. Knapp zwei Fünftel (36 % beziehungsweise 37 %) der Töchter nahmen die gleiche Klassenposition ein wie ihre Väter. Doch während es bei der unteren Dienstklasse und bei den qualifizierten Bürotätigkeiten Schwankungen über die Zeit gibt, findet man bei den ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen eine merkbliche Abnahme der Vererbungsraten von 47 % auf 37 %. Genau entgegengesetzt ist der Trend in der oberen Dienstklasse. In den 1970er-Jahren gelang es nur 15 % der Töchter aus dieser Klasse, ebenfalls eine solche vorteilhafte Position zu erreichen. Bis zur aktuellsten Beobachtung hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt: Im aktuellsten Beobachtungszeitraum schaffte es ein Drittel der Frauen, diese vorteilhafte Position aus dem Elternhaus zu behaupten.

Die übrigen Klassen der Selbstständigen, Landwirte und Facharbeiter wurden in Westdeutschland selten an die Töchter weitergegeben (knapp 10%), und dies veränderte sich auch nicht über die Zeit. Die entscheidenden Entwicklungen finden also am oberen und unteren Ende der Klassenskala statt. Westdeutschen Frauen gelingt es in zunehmendem Maße, ebenso gute Positionen wie ihre Väter einzunehmen. Gleichzeitig gelingt es ihnen häufiger, die weniger vorteilhafte Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten zu verlassen.

Für Ostdeutschland können aufgrund der Fallzahlen für einige Klassenpositionen keine gesicherten Aussagen getroffen werden. Bei den Klassen, für die gesicherte Erkenntnisse vorliegen, fällt auf, dass für ostdeutsche Männer die Vererbungsrate in den beiden Dienstklassen geringer sind als für westdeutsche Männer. Insbesondere in der oberen Dienstklasse gelang es ostdeutschen Männern seltener, eine ebenso vorteilhafte Position wie die ihrer Väter einzunehmen. 36% der ostdeutschen Männer vermochten in der jüngsten Zeit die oberste Klassenposition zu behaupten, im Westen waren es dagegen 46%. Die Vererbungsrate in der unteren Dienstklasse war in Ostdeutschland mit zuletzt 23% deutlich geringer als die Vererbungsrate in der oberen Dienstklasse. Während die Väter in Ostdeutschland ihre obere Dienstklassenposition in zunehmendem Maße an ihre Söhne weitergeben konnten (Steigerung von rund einem Viertel in den 1990er-Jahren auf mehr als ein Drittel im aktuellen Jahrzehnt), pendelten die Vererbungsrate in der unteren Dienstklasse um ein Fünftel.

Deutliche Veränderungen sind in der Facharbeiterklasse und der Klasse der ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen zu verzeichnen. Während im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung knapp zwei Drittel der ostdeutschen Facharbeitersöhne ebenfalls eine Position in der Facharbeiterklasse einnahmen, ist dieser Anteil auf 53% gesunken. Die abnehmende Vererbungsrate bei gleichzeitiger Zunahme der Selbstrekrutierungs-

rate deutet auf ein deutliches Schrumpfen solcher Positionen in Ostdeutschland hin. Bei den ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen hingegen kam es zu einem deutlichen Anstieg der Vererbungsrate. Während in den 1990er-Jahren 18% der Söhne aus der Klasse der ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen mit der gleichen Position vorliebnehmen mussten, ist dieser Anteil zu Beginn des Jahrtausends deutlich angestiegen. Im aktuellen Jahrzehnt nahm ein gutes Viertel (26%) der Söhne von ungelerten Arbeitern und Angestellten wiederum eine solche Klassenposition ein.

Die Befunde für ostdeutsche Frauen zeigen ein eigenständiges Muster. In der oberen Dienstklasse stieg die Vererbungsrate wie bei den ostdeutschen Männern über die Zeit an, von 21% in den 1990er-Jahren auf 27% im aktuellen Jahrzehnt. Der Trend ist für beide Geschlechter ähnlich, allerdings gelang es Männern besser, die Positionen ihrer Väter zu übernehmen (36% im Vergleich zu 27% der Frauen im aktuellen Jahrzehnt). Bei der unteren Dienstklasse gibt es – anders als bei Männern – für Frauen einen Trend zu höheren Vererbungsrate. Die Vererbungsrate waren generell bei Frauen deutlich höher als bei Männern in dieser Klasse (45% im Vergleich zu 23% im aktuellen Jahrzehnt). Genau umgekehrt verhält es sich für die Klasse der Facharbeiter: Die Vererbungsrate waren hier bei ostdeutschen Frauen deutlich geringer als bei ostdeutschen Männern und sie nahmen über die Zeit kontinuierlich ab. Zuletzt hatten nur 13% der Facharbeiter-töchter wiederum eine Facharbeiterposition. Bei den ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen sank die Vererbungsrate leicht von 36% auf 32%. Ostdeutsche Frauen konnten folglich – anders als Männer – diese Klassenposition zunehmend vermeiden. Jedoch ist die Vererbung bei den Frauen insgesamt höher als bei den ostdeutschen Männern. Bei den beiden Dienstklassen gibt es zwischen Frauen in Ost- und Westdeutschland noch Unterschiede: Während die Vererbungsrate bei der unteren Dienst-

klasse bei ostdeutschen Frauen höher ist, stellt sich dies bei der oberen Dienstklasse umgekehrt dar.

Die Betrachtung einzelner Klassenpositionen lässt keine Schlüsse darauf zu, welche Klassenpositionen die Söhne und Töchter einnehmen, wenn sie nicht in die Fußstapfen ihrer Väter getreten sind. Daher sollen im Folgenden nicht die einzelnen Klassenpositionen betrachtet werden, sondern es wird versucht, ein Gesamtbild der sozialen Mobilität aufzuzeigen. Eine solche Gesamtbetrachtung ermöglicht auch eine Aussage darüber, ob diejenigen, die nicht die Klassenposition ihrer Väter übernehmen, eher vorteilhaftere oder eher weniger vorteilhafte Klassenpositionen erreichen als ihre Väter.

7.2.3 Ausmaß von sozialen Auf- und Abstiegen

Um Auf- und Abstiege zu untersuchen, ist es erforderlich, die einzelnen Klassenpositionen in einer Rangfolge anzuordnen. Die vorteilhafteste Klassenlage erfahren diejenigen, die eine Position in der oberen Dienstklasse einnehmen. Etwas weniger gut, aber immer noch mit vielen Vorteilen ausgestattet (zum Beispiel Arbeitsplatzsicherheit, Einkommen, Karriereaussichten) sind Positionen in der unteren Dienstklasse. Am unteren Ende der Klassenhierarchie befinden sich ungelerte Arbeiter- beziehungsweise Angestelltenpositionen. In solchen Positionen sind die Menschen eher schlecht gegen Arbeitsplatzverlust abgesichert und es werden ihnen kaum Karrieremöglichkeiten geboten. Die verbleibenden Klassenlagen (qualifizierte Büroberufe, Selbstständige mit bis zu 49 Mitarbeitern, Landwirtinnen und Landwirte sowie Facharbeiterinnen und Facharbeiter) lassen sich nur sehr schwer in eine Rangfolge bringen. Sie werden daher in einer großen – recht heterogenen – Gruppe zusammengefasst, die in der Mitte der Klassenverteilung angesiedelt ist. Diese Klassenlagen sind weniger vorteilhaft als Positionen in der unteren Dienstklasse, aber vorteilhafter als ungelerte Arbeiter- und Angestelltenpositionen. Es werden daher insgesamt

vier verschiedene Hierarchiestufen unterschieden: obere Dienstklasse, untere Dienstklasse, eine heterogene Gruppe mit mittleren Klassenpositionen und die Klasse der ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen.

Die jeweils oberste Zeile in Tabelle 3 beschreibt das Ausmaß der Gesamtmobilität, das heißt, wie groß der Anteil der Personen ist, die eine andere Position einnehmen als ihre Väter. Es fällt auf, dass Töchter aufgrund spezifischer Berufspräferenzen und Erwerbsmöglichkeiten im Vergleich zu ihren Vätern generell eine höhere Gesamtmobilität aufweisen als Söhne. In Westdeutschland blieben die Gesamtmobilitätsraten im Zeitvergleich weitgehend konstant, in Ostdeutschland stiegen sie bei Frauen im Vergleich zu den 1990er-Jahren leicht an. Bei Frau-

en waren die Gesamtmobilitätsraten in Ost und West gleich hoch. Bei den Männern waren sie in Ostdeutschland deutlich niedriger als in Westdeutschland (zuletzt 61 % im Vergleich zu 67 %). Teilt man die Gesamtrate auf in vertikale Mobilität (Auf- und Abstiege) und in horizontale Mobilität (Mobilität auf der gleichen Hierarchieebene, zum Beispiel von Facharbeitern zu qualifizierten Büroberufen), so zeigen sich jedoch Unterschiede über die Zeit. Bei den westdeutschen Männern stieg der Anteil an vertikaler Mobilität in den letzten 40 Jahren etwas (von 51 % auf 55 %), während die horizontale Mobilität um 3 Prozentpunkte abnahm. Somit erhöhte sich das Verhältnis zwischen diesen beiden Größen von 3,3 auf 4,6 zugunsten der vertikalen Mobilität. Das heißt, vertikale Mobilität kommt heute

mehr als viermal so häufig vor wie horizontale Mobilität. In Ostdeutschland gibt es bei den Männern weniger vertikale und weniger horizontale Mobilität. Das Verhältnis zwischen den beiden Größen schwankt und war im aktuellen Jahrzehnt etwas höher als in Westdeutschland (gut fünfmal so viel vertikale wie horizontale Mobilität). ▶ Tab 3

Bei den ostdeutschen Frauen ist die Zunahme der Gesamtmobilität auf die Zunahme horizontaler Mobilität zurückzuführen. Nicht nur bei der Gesamtmobilität, auch bei dem Ausmaß von vertikaler und horizontaler Mobilität gibt es praktisch keine Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Frauen. Ostdeutsche Frauen waren allerdings in beiden Teilbereichen deutlich mobiler als ostdeutsche Männer. Die Zunahme der horizontalen

▶ Tab 3 Gesamtmobilität, vertikale und horizontale Mobilität, Auf- und Abstiegsraten 1976–2016

	Westdeutschland					Ostdeutschland		
	1976–1980	1981–1990	1991–1999	2000–2009	2010–2016	1991–1999	2000–2009	2010–2016
Männer								
Gesamtmobilität (%)	66	66	64	68	67	60	62	61
Gesamtmobilität umfasst:								
vertikale Mobilität (%)	51	50	51	54	55	51	50	51
horizontale Mobilität (%)	15	16	13	13	12	10	12	10
Verhältnis vertikale/ horizontale Mobilität	3,3	3,1	4,0	4,0	4,6	5,2	4,0	5,2
Vertikale Mobilität umfasst:								
Aufwärtsmobilität (%)	36	35	35	36	38	31	25	26
Abwärtsmobilität (%)	15	15	16	18	17	20	24	25
Verhältnis Aufstiege/Abstiege	2,4	2,4	2,2	2,0	2,2	1,5	1,1	1,1
Frauen								
Gesamtmobilität (%)	77	77	78	77	78	74	77	78
Gesamtmobilität umfasst:								
vertikale Mobilität (%)	59	55	58	59	61	63	59	62
horizontale Mobilität (%)	18	22	19	19	17	11	18	16
Verhältnis vertikale/ horizontale Mobilität	3,3	2,5	3,0	3,2	3,5	5,8	3,3	4,0
Vertikale Mobilität umfasst:								
Aufwärtsmobilität (%)	26	26	31	31	33	36	30	33
Abwärtsmobilität (%)	33	28	27	27	27	28	29	28
Verhältnis Aufstiege/Abstiege	0,8	0,9	1,2	1,1	1,2	1,3	1,0	1,2

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemographie, ISJP, NEPS, 1976–2016.

Mobilität in Ostdeutschland hat ihre Ursachen vor allem in dem Schrumpfen der Facharbeiterpositionen. Töchter von ostdeutschen Facharbeitern nehmen heute verstärkt Positionen in qualifizierten Büroberufen ein, die Söhne machen sich selbstständig oder tendieren auch zu qualifizierten Büroberufen. Bei westdeutschen Frauen nahm in den vergangenen Jahrzehnten die vertikale Mobilität etwas zu (von 59 % auf 61 %), während die horizontale Mobilität zuletzt bei 17 % lag.

Die jeweils unteren Hälften der Teiltabellen zeigen an, ob es sich bei den vertikalen Bewegungen um Auf- oder Abstiege im Klassengefüge handelt. Der zunehmende Anteil an vertikaler Mobilität für westdeutsche Männer resultiert sowohl aus einer leichten Zunahme von Aufstiegen als auch aus einer leichten Zunahme der Abstiege, wobei sich der

Trend bei den Abstiegen im aktuellen Jahrzehnt nicht fortsetzte. Es gibt im heutigen Jahrzehnt nach wie vor noch gut doppelt so viele Aufstiege wie Abstiege (Verhältnis 2,2 zu 1), jedoch ist dieses Verhältnis in den vergangenen 40 Jahren für westdeutsche Männer geringfügig ungünstiger geworden. Bei westdeutschen Frauen ist ein durchweg positiver Trend zu beobachten. Den Frauen gelingt es heute häufiger als früher, eine bessere Klassenposition einzunehmen als ihre Väter. Während in den 1970er-Jahren nur 26 % der westdeutschen Frauen eine bessere Klassenposition hatten als ihre Väter, stieg dieser Anteil bis heute auf 33 %. Gleichzeitig sank die Häufigkeit von Abstiegen deutlich von 33 % auf 27 %. Für westdeutsche Frauen waren in den 1970er-Jahren Abstiege im Klassengefüge häufiger als Aufstiege. Dies hat sich über

die Zeit jedoch nachhaltig geändert; heute kommen Aufstiege etwas häufiger vor als Abstiege. Setzt man die Auf- und Abstiege ins Verhältnis zueinander, so veränderte sich dieses Verhältnis von 0,8 auf 1,2. Frauen im Westen näherten sich bei der Zahl der Aufstiege allmählich den Männern an. Die deutlich häufigeren Abstiege lassen sie jedoch den Männern gegenüber noch etwas benachteiligt erscheinen. Der Trend deutet für Westdeutschland jedoch auf eine weitere Angleichung hin.

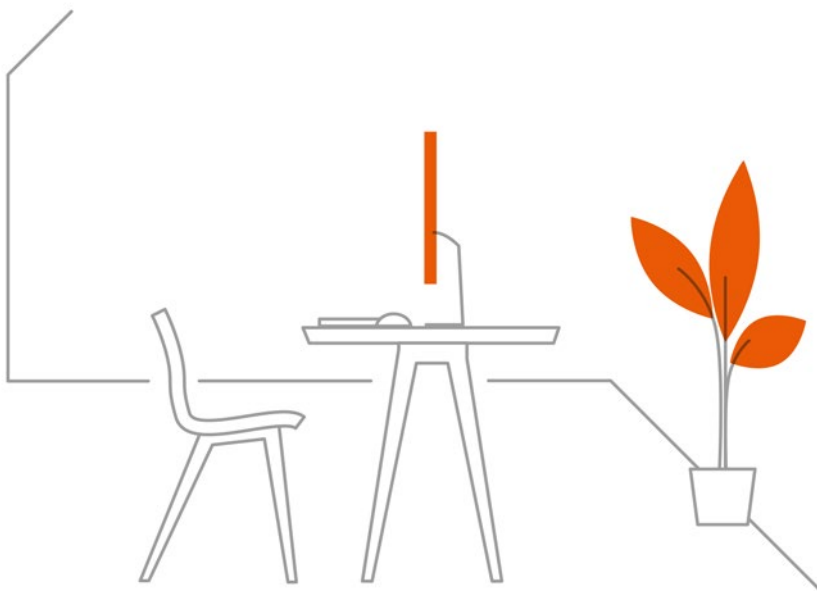
Für Ostdeutschland ist der Befund weniger vorteilhaft. Während im Nachwendezehnt knapp jeder dritte Sohn eine bessere Klassenposition erreichte als sein Vater, gelang dies im aktuellen Jahrzehnt nur noch rund jedem vierten Sohn (26 %). Gleichzeitig nahmen Abstiege deutlich zu. In den 1990er-Jahren nahm nur jeder fünfte Sohn (20 %) eine schlechtere Position ein als sein Vater. Zuletzt betraf das jeden vierten Sohn (25 %). Auf- und Abstiege kommen mittlerweile im Osten praktisch gleich häufig vor, der Quotient zwischen Auf- und Abstiegen sank von 1,5 im ersten Jahrzehnt auf 1,1 im letzten Jahrzehnt. Die deutlichen Unterschiede resultieren allerdings vor allem aus den Veränderungen zwischen dem ersten und zweiten Jahrzehnt nach der Vereinigung. Der negative Trend schwächte sich im jüngsten Jahrzehnt zumindest ab.

Bei den ostdeutschen Frauen ging die Entwicklung im ersten Jahrzehnt des Jahrtausends in die gleiche Richtung wie bei ostdeutschen Männern. Jedoch hat sich hier der negative Trend nahezu gedreht. Jede dritte Frau in Ostdeutschland hatte zuletzt eine höhere Klassenposition als ihr Vater (bei ostdeutschen Männern war es nur jeder Vierte). Das Ausmaß der Abstiege ist bei beiden Geschlechtern im Osten ähnlich (28 % für Frauen, 26 % für Männer). Das Verhältnis zwischen sozialen Auf- und Abstiegen bei ostdeutschen Frauen ist wie bei den Männern nahezu ausgeglichen (zuletzt 1,2 zu 1).

Sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland gibt es somit etwas

33

Prozent der westdeutschen Frauen haben heute eine bessere Klassenposition als ihre Väter. In den 1970er-Jahren waren es nur 26 Prozent.



mehr Aufstiege als Abstiege. Bei westdeutschen Männern gibt es gar mehr als doppelt so viele Aufstiege wie Abstiege. Deutschland ist folglich nach wie vor eine Aufstiegs-gesellschaft. Es deutet sich auf der vorliegenden Datengrundlage auch kein Trend an, der einen gegenteiligen Befund nahelegen würde. Zwar haben bei ost- und westdeutschen Männern die Anteile an Abstiegen zugenommen. Sie werden aber von den positiven Entwicklungen bei den Aufstiegen mehr als kompensiert. Der negative Trend, der sich bis Ende des letzten Jahrzehnts abgezeichnet hat, setzt sich in beiden Landes-teilen nicht fort.

7.2.4 Chancengleichheit in der Gesellschaft

Die bisher dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die Mobilitätserfahrungen von Männern und Frauen seit Mitte der 1970er-Jahre in Westdeutschland und seit der deutschen Vereinigung in Ostdeutschland. Ein wesentlicher Faktor für die soziale Mobilität in dieser Zeit waren die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur. Die Anzahl der Facharbeiterpositionen ist in dieser Zeit gesunken, während zusätzliche Positionen vor allem bei qualifizierten Büroberufen und in der oberen Dienstklasse geschaffen wurden. Im Vergleich zu den Klassenpositionen der Väter ist dieser Wandel noch ausgeprägter: Facharbeiterpositionen und Positionen in der Landwirtschaft haben stark abgenommen. Gleichzeitig gab es zunehmend mehr Positionen in den beiden Dienstklassen und der Klasse der qualifizierten Büroberufe. Dieser strukturell bedingte Wandel beeinflusst die individuellen Mobilitätsmöglichkeiten. Wenn zum Beispiel Facharbeitersöhne aufgrund der abnehmenden Nachfrage nach Facharbeitern nicht mehr die gleiche Position wie ihre Väter einnehmen können, müssen sie zwangsläufig in andere Positionen ausweichen. Ein Teil der sozialen Mobilität – und damit auch mancher Auf- und Abstieg – beruht somit auf den Veränderungen in der Erwerbsstruktur.

Diese strukturell bedingte soziale Mobilität muss man aber herausrechnen, wenn man generell eine Aussage über die Chancengleichheit in der Gesellschaft treffen möchte. Daher vergleicht man die Auf- und Abstiegschancen einer Person aus einer bestimmten Herkunftsklasse in Relation mit den Auf- und Abstiegschancen einer Person aus einer anderen Herkunftsklasse. Man kann zum Beispiel fragen, um wie viel geringer die Chancen für Personen aus der Facharbeiterklasse sind, eine Position in der oberen Dienstklasse zu erreichen, als für Personen, die bereits in der oberen Dienstklasse groß geworden sind – und inwieweit sich diese Chancen über die Zeit verändert haben. Es ist denkbar, dass sich für beide die Chancen erhöht haben, eine Position in der oberen Dienstklasse zu erreichen, da die Zahl entsprechender Positionen zugenommen hat. Wenn sich aber die Chancen für Personen aus Facharbeiterfamilien im genau gleichen Ausmaß erhöhen wie die Chancen der Personen aus der oberen Dienstklasse, dann bleibt die Chancengleichheit beziehungsweise Chancenungleichheit zwischen den beiden Herkunftsklassen unverändert.

Abschließend werden daher die Chancengleichheiten beziehungsweise Chancenungleichheiten zwischen Personen mit unterschiedlicher Klassenherkunft untersucht. Für die 1970er-Jahre in Westdeutschland zeigt sich, dass Personen aus der oberen Dienstklasse etwa 26-mal so große Chancen hatten, die obere Dienstklasse statt die Facharbeiterklasse zu erreichen, wie Personen aus der Facharbeiterklasse. Diese großen Chancenungleichheiten sind charakteristisch für Deutschland. Im Vergleich mit anderen industrialisierten Ländern weist Deutschland mit die höchsten Chancenungleichheiten auf.

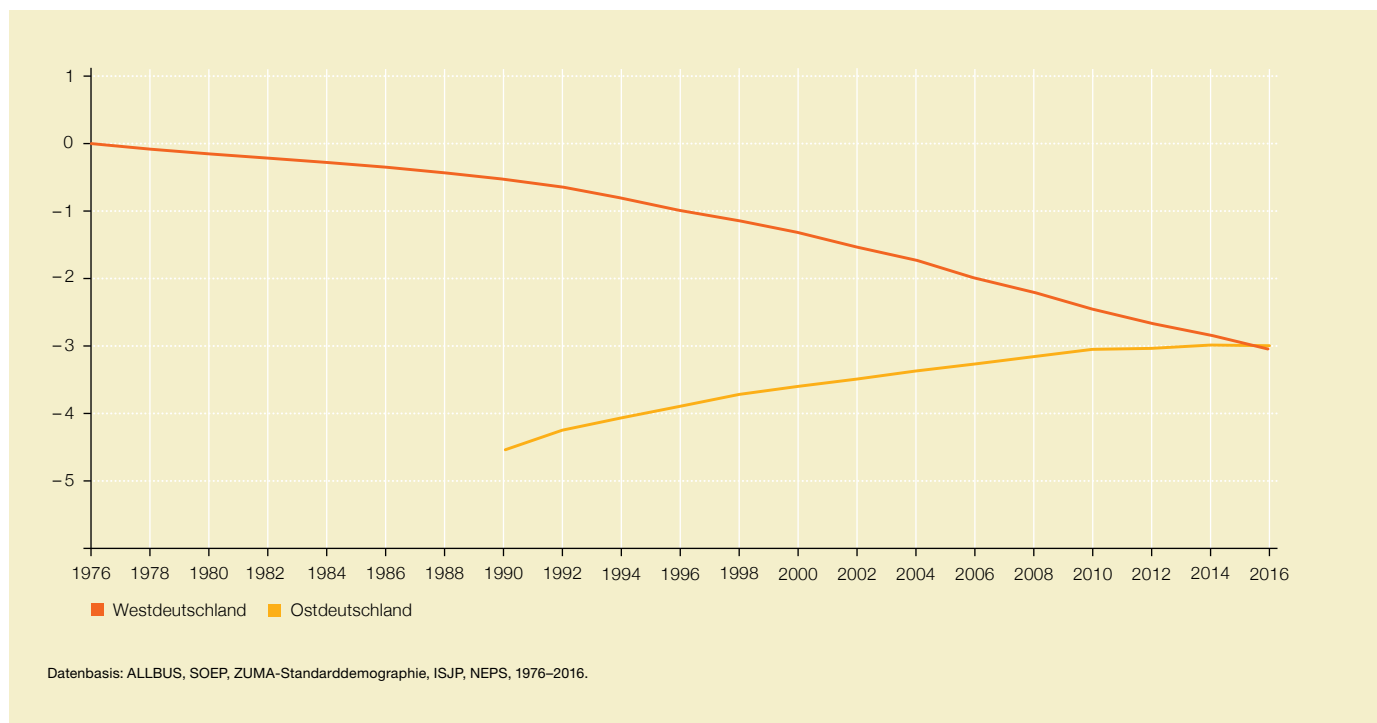
Die folgende Analyse beschreibt die Entwicklung der Chancenungleichheiten in Deutschland in den vergangenen 40 Jahren. Hierzu wurden für sämtliche Kombinationen aus den sieben Klassenpositionen die oben dargestellten Chancenverhältnisse berechnet und in einem

Modell zusammengefasst. Die Ergebnisse sind in den Abbildungen 1 und 2 dargestellt.

Beide Abbildungen zeigen die Entwicklung der Stärke des Zusammenhangs zwischen der sozialen Herkunft und der eigenen Klassenposition. Die Stärke des Zusammenhangs ist auf der y-Achse dargestellt. Für das erste Jahr der Analyse, 1976, wurde dieser Zusammenhang auf den Wert 0 als Ausgangsniveau festgesetzt. Die Abweichung zu diesem Wert gibt dann die prozentuale Veränderung zu diesem Ausgangsniveau an, wobei negative Werte bedeuten, dass der Zusammenhang schwächer wird. Die dargestellte Trendlinie ist eine an die einzelnen Jahresbeobachtungen angepasste Regressionskurve. Die Trendkurve kann sich somit durch Hinzufügen neuer Daten jeweils leicht verändern. Aufgrund der Fallzahlen wurden einige Jahresbeobachtungen zusammengefasst, um die Befunde robuster darstellen zu können.

Für Männer in Westdeutschland sieht man, dass die Stärke des Zusammenhangs über den gesamten Zeitraum hinweg abnahm. Für die jüngste Zeit zeigt die Trendkurve eine Abnahme des ursprünglichen Zusammenhangs zwischen der Herkunftsklasse und der eigenen Klassenposition um etwa 30 % an. Der Wert an sich ist mit Bedacht zu interpretieren, die Trendkurve kann die Entwicklung etwas überzeichnen. Aber klar ist, dass der Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Klassenposition sich seit 1976 deutlich abgeschwächt hat. Die Chancengleichheit für Männer in Westdeutschland hat sich entsprechend in diesem Zeitraum stark erhöht. Für ostdeutsche Männer ist dagegen eine umgekehrte Entwicklung zu beobachten. Ausgehend von einem deutlich geringeren Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition im Ausgangsjahr 1990 hat sich der Zusammenhang im Zeitverlauf verstärkt, die Bedeutung der Herkunftsklasse für die eigene spätere Klassenposition hat im Osten zugenommen. Die beiden Kurven haben sich seit der Vereinigung aufei-

► **Abb 1** Relative Veränderung des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition für Männer 1976–2016



einander zubewegt. Im Jahr 2016 war der Zusammenhang zwischen Herkunft und eigener Klassenposition in Ost und West praktisch gleich stark ausgeprägt. Die höhere Chancengleichheit, die typisch für den ostdeutschen Landesteil war, ist verschwunden. ► [Abb 1](#)

Bei den Frauen zeigen sich unmittelbar nach der Vereinigung ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Jedoch nahm wie bei den Männern die Chancenungleichheit in Ostdeutschland über die Zeit deutlich zu. Gleichzeitig schwächte sich bei westdeutschen Frauen der Zusammenhang zwischen Herkunft und eigener Position über die Zeit hinweg ab. Die Folge ist, dass sich auch die beiden Kurven für Frauen aufeinander zubewegen und im Jahr 2016 von der gleichen Stärke des Zusammenhangs in Ost und West auch für Frauen ausgegangen werden kann. Die Trendkurven legen auch nahe, dass zumindest für Frauen die Entwicklung fortan gleichfö-

rig in Ost und West verlaufen wird. Die Kennzahlen aus den Tabellen 1, 2 und 3 unterstreichen diesen Befund eines ähnlichen Mobilitätsraums in Ost und West für Frauen. Bei den Männern bleibt abzuwarten, ob sich die Kurven zukünftig parallel weiterentwickeln werden oder ob sich die Chancenverhältnisse weiterhin in unterschiedliche Richtungen entwickeln werden. ► [Abb 2](#)

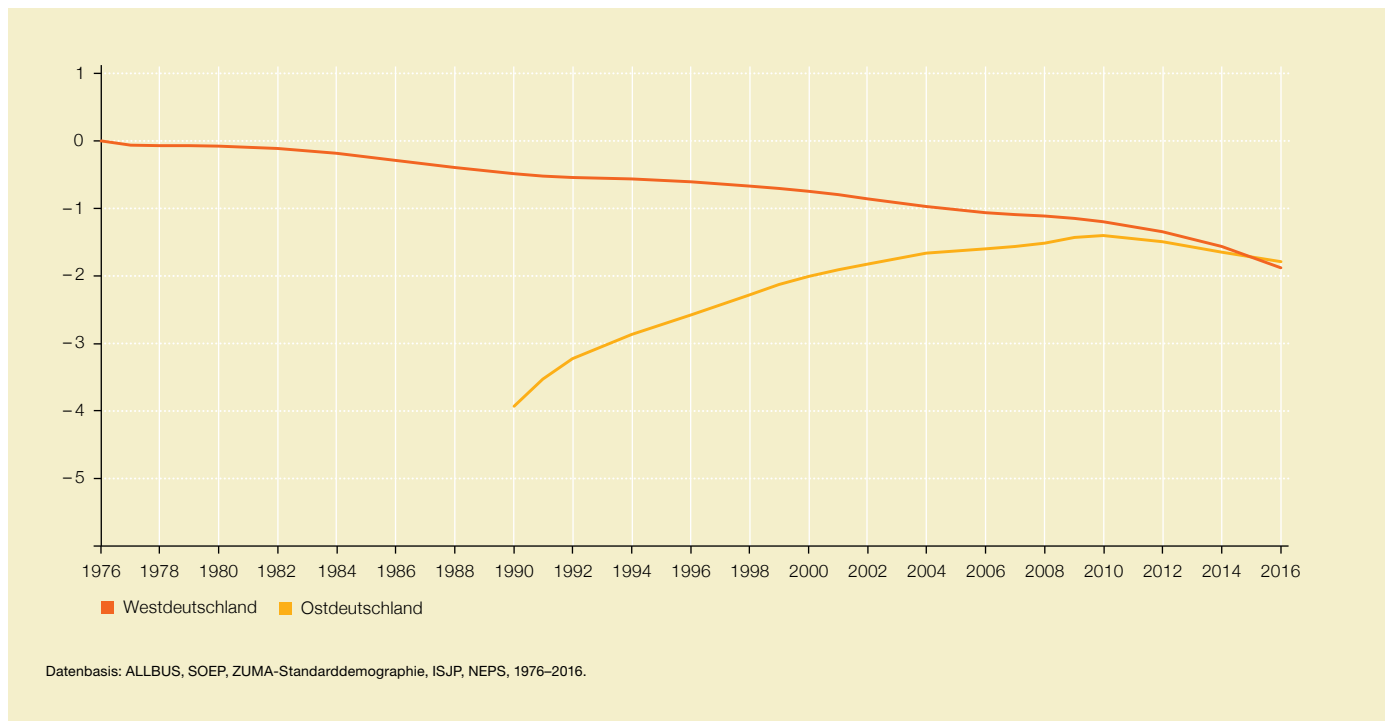
7.2.5 Zusammenfassung

Die Herkunft aus einer bestimmten sozialen Klassenlage hat trotz der Betonung von Chancengleichheit im Bildungswesen und der Hervorhebung des Leistungsgedankens in der Berufswelt nach wie vor einen starken Einfluss auf die spätere Klassenposition von Männern und Frauen in Deutschland. Viele Personen, die heute eine bestimmte Klassenposition innehaben, kommen aus Familien, in denen bereits der Vater die gleiche Klassenposition hatte. Dies trifft insbe-

sondere für die Klassen der Landwirte und Facharbeiter zu, aber auch abgeschwächt für die obere Dienstklasse und die Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten. Über die Zeit gab es hier nur wenige Veränderungen, die insbesondere die Facharbeiterpositionen und vor allem im Osten die oberen Dienstklassenpositionen betreffen. Die oberen Dienstklassen rekrutieren sich zunehmend aus sich selbst.

Bei der Vererbung von Klassenpositionen zeigen sich etwas häufiger Trends. Die Vererbungsraten in der oberen Dienstklasse nehmen zu, für Männer und Frauen in Ost und West. Die Raten bei der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten nehmen bei Frauen ab, bei Männern dagegen tendenziell leicht zu. Zudem sind in Ostdeutschland die geringer werdenden Vererbungsraten bei Facharbeiterpositionen deutlich. Insgesamt gibt es eine etwas stärkere Polarisierung für Männer in Ost und West, während die

► **Abb 2** Relative Veränderung des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition für Frauen 1976–2016



Frauen zunehmend schlechtere Positionen vermeiden und bessere Positionen erreichen können.

Der Trend zu mehr Abstiegen und weniger Aufstiegen, wie er sich im ersten Jahrzehnt des Jahrtausends andeutete, hat sich im aktuellen Jahrzehnt nicht fortgesetzt. Es gibt wieder mehr Aufstiege, das Ausmaß an Abstiegen bleibt nahezu gleich. Insgesamt überwiegen weiterhin die Aufstiege, insbesondere für westdeutsche Männer. Im Osten überwiegen die Aufstiege nur leicht. Das Ausmaß an sozialer Mobilität ist für Frauen zwischen Ost und West mittlerweile sehr ähnlich, bei Männern sind die Unterschiede zwischen Ost und West sehr viel deutlicher ausgeprägt.

Die Betrachtung der tatsächlichen Chancengleichheit – bereinigt um strukturelle Einflüsse – zeigt für westdeutsche Männer einen klaren kontinuierlichen Trend hin zu einem abnehmenden Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene

Klassenposition. Den gleichen Trend kann man für westdeutsche Frauen beobachten, wenn auch weniger stark ausgeprägt. Im Osten dagegen nimmt der Einfluss der sozialen Herkunft deutlich zu. Die ehemals deutlich höhere Chancengleichheit für Männer und Frauen im Osten hat stark abgenommen, es kommt bei beiden Geschlechtern zu einer Verschmelzung der Mobilitätschancen in Ost und West. Inwieweit es fortan zu einem gemeinsamen Trend kommt oder ob die nach wie vor ungünstigeren Rahmenbedingungen in Ostdeutschland dazu führen, dass der Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Klassenposition in den kommenden Jahren noch wichtiger wird, werden die kommenden Jahre zeigen.

7.3 Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen

Diana Schacht, Maria Metzger
DIW Berlin

WZB/SOEP

Im Jahr 2017 lebten rund 19,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, was etwa 24 % der Gesamtbevölkerung ausmacht (siehe dazu Kapitel 1.2, Seite 28). Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund stellt jedoch keine homogene Gruppe dar. Vielmehr handelt es sich sogar um eine äußerst heterogene Gruppe von Menschen, die aus einer Vielzahl von Ländern nach Deutschland gekommen sind. Besonders auffällig sind die Unterschiede zwischen Migrantinnen und Migranten, die selbst einmal nach Deutschland eingewandert sind (sogenannte erste Generation), und der zweiten Generation, deren Eltern eingewandert sind, die aber selbst in Deutschland geboren wurde. Neben diesen Generationsunterschieden gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit von Personen zu unterschiedlichen Herkunftsgruppen und der Art und Weise an der deutschen Gesellschaft teilzuhaben. ► [Info 1](#)

Betrachtet man die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, so verlagerten zahlreiche Migrantinnen und Migranten aus den sogenannten Gastarbeiterländern, zu denen auch das frühere Jugoslawien sowie die Türkei zählen, ihren Lebensmittelpunkt in die Bundesrepublik Deutschland und holten anschließend ihre Familien nach. Nach 1990 siedelten viele (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler aus Rumänien, Polen und den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion in das vereinigte Deutschland über. Darüber hinaus stellten zu Beginn der 1990er-Jahre, auch auf-

grund der Eskalation des Bosnienkriegs, zahlreiche Geflüchtete aus den Balkangebieten Asylanträge in Deutschland. Seit den EU-Osterweiterungen (ab 2004) kommt ein großer Anteil der Migrantinnen und Migranten aus osteuropäischen EU-Ländern nach Deutschland, etwa aus Polen oder der Slowakei. Zudem steigt seit 2011 auch die Zahl der Asylanträge (siehe dazu Kapitel 7.4, Seite 280). Um die Heterogenität dieser verschiedenen Migrantengruppen besser berücksichtigen zu können, werden im Folgenden Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen aus fünf Herkunftsgruppen unterschieden: (1) aus der Türkei, (2) aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, (3) aus den ehemaligen Anwerbestaaten Südeuropas, die heute zur EU gehören (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien), (4) (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie (5) Personen aus osteuropäischen Ländern.

In diesem Kapitel werden ausgewählte Bereiche des Lebens von Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für 2016 beschrieben. Dabei werden die Unterschiede zwischen verschiedenen Herkunftsgruppen und Generationen dargestellt, aber auch unterschiedliche Lebensbereiche genauer betrachtet, etwa die allgemeinen Lebensbedingungen, Bildungs- und Ausbildungssituation, Beschäftigungsstruktur und Einkommen, soziale sowie sprachliche Integration und kulturelle Orientierungen.

► Info 1

Definitionen

Personen mit Migrationshintergrund sind entweder selbst zugewandert oder haben mindestens einen zugewanderten Elternteil. Gesondert ausgeführt werden die 17- bis 45-jährigen Migrantennachkommen, die entweder schon in Deutschland geboren wurden oder vor dem siebten Lebensjahr nach Deutschland zugewandert sind und dementsprechend in Deutschland die Schule besucht haben. Die Zugehörigkeit zu einer Herkunftsgruppe wurde von dem Geburtsland der Befragten oder deren Eltern abhängig gemacht. Falls keine eindeutige Zuordnung zu einer Herkunftsgruppe möglich war, wurden die Befragten nur der Gesamtgruppe der Migrantinnen und Migranten zugeordnet, etwa wenn die Mutter in Griechenland und der Vater in der Türkei geboren wurde. Insofern umfasst die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund nicht nur die fünf differenzierten Herkunftsgruppen. Geflüchtete und deren Nachkommen bleiben in diesem Kapitel unberücksichtigt (siehe dazu Kapitel 7.4, Seite 280), genauso wie Personen, die 2016 jünger als 17 Jahre alt waren. Insgesamt wurden rund 17 900 Personen ohne und rund 7 000 Personen mit Migrationshintergrund befragt. Je nach Item kann die Zahl der Personen variieren.

► Tab 1 Ausgewählte Merkmale der Lebenssituation 2016

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund					
		Gesamt	Türkei	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Südeuropa	(Spät-)Aussiedler/-innen	Osteuropa
Deutsche Nationalität (in %)	100	57	24	23	10	95	32
Mittelwert Aufenthaltsdauer (in Jahren)	X	26	33	29	35	27	14
In Deutschland geboren (in %)	X	33	32	23	20	7	1
Alter bei Einwanderung (Durchschnitt)	X	23	18	21	21	24	26
Einkommensverteilung (in %)							
< 60 % des Medianeinkommens (Armutrisikoquote)	13	20	38	20	32	27	30
60 % – 100 % des Medianeinkommens	33	34	39	38	42	34	38
100 % – 150 % des Medianeinkommens	33	29	19	34	22	27	23
> 150 % des Medianeinkommens	21	17	4	8	5	12	9
Einkommenssituation							
Haushaltsäquivalenzeinkommen (Median in Euro)	1 667	1 500	1 090	1 430	1 200	1 333	1 305
Wohnsituation¹							
Miethöhe pro Quadratmeter (Mittelwert in Euro)	7,1	7,7	7,5	8,5	7,9	6,9	8,2
Durchschnittliche Haushaltsgröße (Anzahl Personen)	1,9	2,3	2,7	2,0	1,8	1,7	2,0
Wohnfläche pro Person (Mittelwert in Quadratmetern)	60	47	33	49	45	56	40

¹ Diese Indikatoren beziehen sich auf private Haushalte.
X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.
Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

7.3.1 Lebensbedingungen von Personen mit Migrationshintergrund

Im Jahr 2016 besaßen 57 % der Menschen mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsangehörigkeit, wobei dieser Anteil je nach Herkunftsgruppe variierte. Während die deutsche Staatsangehörigkeit unter den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern (95 %) sehr verbreitet war, betrug dieser Anteil innerhalb der Population türkischer und südeuropäischer Herkunft lediglich 24 % beziehungsweise 10 %. Letztere besitzen aufgrund ihrer EU-Mitgliedschaft weniger Anreize, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. ► Tab 1

Bei den untersuchten Herkunftsgruppen variierte auch die Einkommenssituation, vor allem im Hinblick auf das Armutrisiko (für die Definition von Armutrisiko siehe Kapitel 6.2.2, Seite 222). Türkischstämmige Personen waren 2016 mit einer Risikoquote von 38 % im Vergleich der hier betrachteten Herkunftsgruppen am stärksten von Armut betroffen, gefolgt von Personen aus Süd-

europa (32 %), Osteuropa (30 %) und den (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern (27 %). In höheren Einkommensbereichen (etwa über 100 % oder 150 % des Medianeinkommens) waren Personen mit Migrationshintergrund stark unterrepräsentiert. Personen türkischer Herkunft wiesen mit 4 % den niedrigsten Anteil im oberen Einkommensbereich (über 150 %) auf, (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler mit 12 % den höchsten unter den hier verglichenen Herkunftsgruppen.

Personen mit Migrationshintergrund verfügten 2016 durchschnittlich über deutlich geringere finanzielle Ressourcen als Personen ohne Migrationshintergrund. Menschen mit Migrationshintergrund verfügten über ein durchschnittliches Haushaltsäquivalenzeinkommen (Median, siehe dazu Kapitel 6.3.1, Seite 232, Info 3) von 1 500 Euro, wohingegen Menschen ohne Migrationshintergrund ein durchschnittliches Einkommen von 1 667 Euro verzeichneten. Insbesondere Personen türkischer (1 090 Euro) und südeuro-

päischer Herkunft (1 200 Euro) erzielten im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund unterdurchschnittliche Einkommen. Trotz vergleichsweise niedrigerer Einkommen hatten Migrantenhaushalte höhere Mietkosten als Haushalte, in denen nur Personen ohne Migrationshintergrund lebten (7,70 Euro gegenüber 7,10 Euro pro Quadratmeter). Sie verfügten zudem im Durchschnitt über deutlich weniger Wohnfläche pro Person. Die Tatsache, dass ein Großteil der Zuwandererfamilien in größeren Städten lebt, trägt höchstwahrscheinlich zu dem erschwerten Zugang zu bezahlbarem und geeignetem Wohnraum bei. Zudem ist von einer Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Wohnungsmarkt auszugehen.

7.3.2 Schulische Bildung und berufliche Ausbildung

Hinsichtlich des höchsten Bildungsabschlusses (nach ISCED »International Standard Classification of Education«)

► Tab 2 Bildungsniveau nach ISCED 2016 – in Prozent

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund						17- bis 45-Jährige	
		Gesamt	Türkei	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Süd-europa	(Spät-) Aussiedler/-innen	Ost-europa	ohne Migrationshintergrund	Migranten-nachkommen
ISCED 0 weniger als Primarbereich	1	1	3	3	1	0	1	2	4
ISCED 1 Primarbereich	1	4	10	12	5	2	3	1	2
ISCED 2 Sekundarbereich I	10	19	35	20	30	18	16	10	17
ISCED 3 Sekundarbereich II	50	38	35	38	35	43	31	41	40
ISCED 4 postsekundärer nicht tertiärer Bereich	7	10	3	10	7	14	18	11	7
ISCED 5 kurzes tertiäres Bildungsprogramm	5	2	2	3	1	2	4	4	3
ISCED 6 und 7 Bachelor oder Master beziehungsweise gleichwertiges Bildungsprogramm	22	21	5	9	13	19	25	22	17
ISCED 8 Promotion	1	1	0	0	1	0	2	1	0
ISCED fehlende Angaben	3	5	8	5	7	1	2	8	9

ISCED: International Standard Classification of Education.
Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

lassen sich starke Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund feststellen. Personen mit Migrationshintergrund verfügen deutlich häufiger nur über einen Abschluss der Sekundarstufe I als höchsten Bildungsabschluss. Während fast jede fünfte Person mit Migrationshintergrund nur solch einen niedrigen Bildungsabschluss hatte, traf dies nur auf jede zehnte Person ohne Migrationshintergrund zu (19 % gegenüber 10 %). Bei den Personen, deren höchster Abschluss im Sekundarbereich II liegt, sind Personen mit Migrationshintergrund hingegen deutlich unterrepräsentiert. So verfügte jede zweite Person ohne Migrationshintergrund über einen derartigen Bildungsabschluss, während dies nur auf 38 % der Personen mit Migrationshintergrund zutraf. Geringe Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund fanden sich hingegen bei den tertiären Bildungsabschlüssen (ISCED 6/7/8). ► Tab 2

Bei einer Betrachtung der Bildungsabschlüsse nach den Herkunftsgruppen fallen die durchschnittlich höheren Bildungsabschlüsse bei Personen aus Osteuropa auf. Beispielsweise verfügte 2016 etwa ein Viertel der Personen aus den osteuropäischen Ländern über einen ter-

tiären Bildungsabschluss. Personen aus den ehemaligen »Gastarbeiterländern« wiesen hingegen ein niedrigeres Qualifikationsniveau auf. Rund jede zehnte Person türkischer Herkunft besaß nur einen Grundschulabschluss. Dieses Muster ist jedoch auf die spezifische türkische Migrationsgeschichte in Deutschland zurückzuführen und darauf, dass die Bildungssituation weiterhin stark durch die soziale Herkunft geprägt ist.

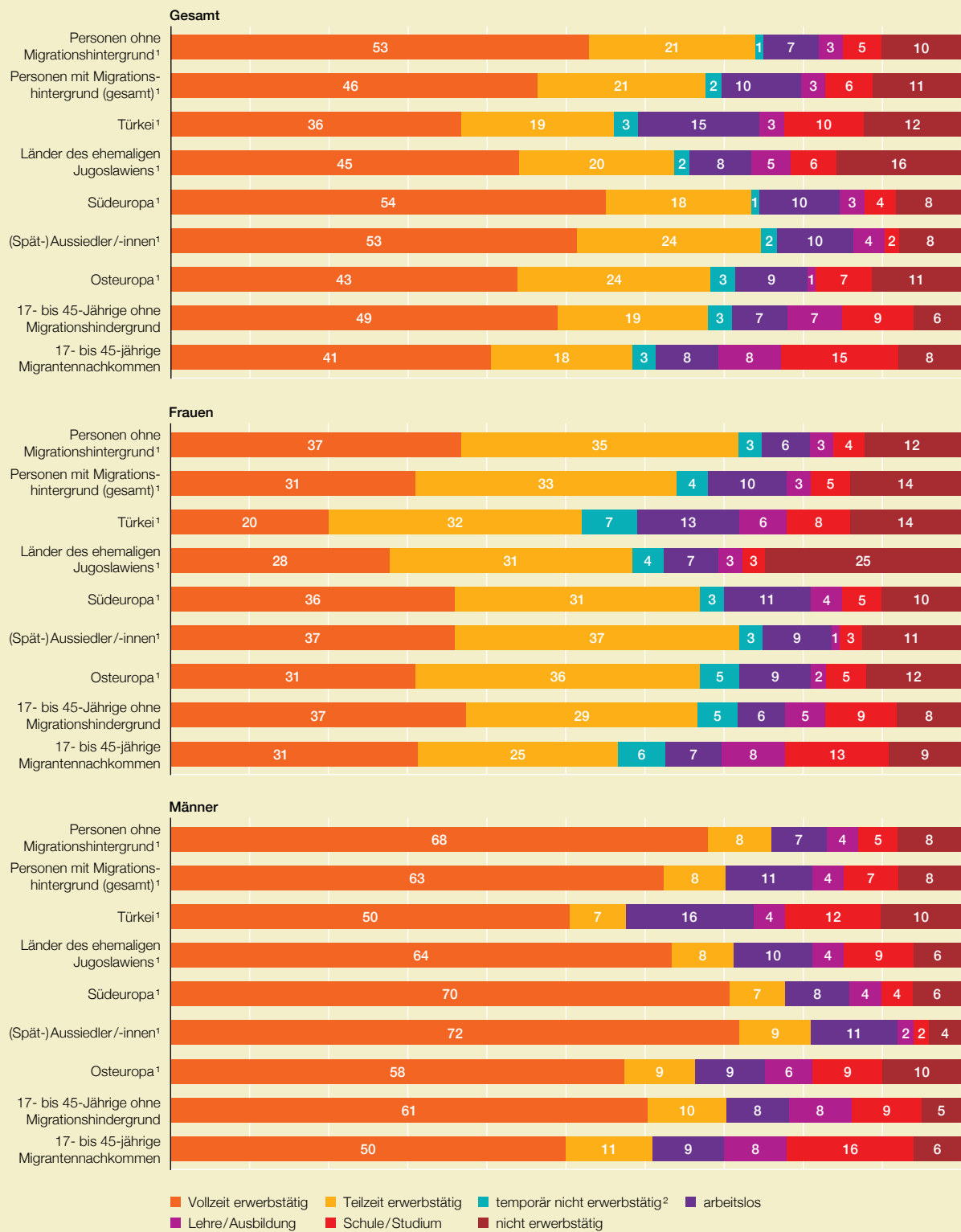
Auch die zweite Generation von Migrantinnen und Migranten verfügt im Durchschnitt weniger häufig über tertiäre Bildungsabschlüsse und wesentlich häufiger über niedrigere Bildungsabschlüsse im Sekundarbereich I als die gleichaltrige Population ohne Migrationshintergrund. Dieser Vergleich der Bildungslagen ist jedoch verzerrt, solange nicht der sozioökonomische Hintergrund der 17- bis 45-Jährigen sowie institutionelle Diskriminierung, soziale und ethnische Segregation oder auch familiäre Verhältnisse mit in die Betrachtung einbezogen werden. In Deutschland hängen die Bildungschancen von Kindern stark vom Bildungsniveau des Elternhauses ab (siehe Kapitel 3.1.2, Seite 109). Da ihre Eltern vergleichsweise niedrige Bildungsabschlüsse erzielten, ist es daher nicht überraschend, dass die Mi-

grantennachkommen durchschnittlich niedrigere Bildungsabschlüsse erreichen als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund.

7.3.3 Erwerbsstatus und -einkommen sowie berufliche Stellung

Dem Arbeitsmarkt kommt eine zentrale Rolle für die gesellschaftliche Integration aller Bevölkerungsgruppen zu. Ein Vergleich des Erwerbsstatus nach Migrationshintergrund zeigt auf, dass sich diesbezüglich starke Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund ergeben. In Abbildung 1 ist zunächst der Erwerbsstatus für die Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter abgebildet. Etwas mehr als die Hälfte der Personen ohne Migrationshintergrund war 2016 Vollzeit erwerbstätig, während dies auf nur 46 % der Personen mit Migrationshintergrund zutraf. Bei den Männern waren 68 % ohne Migrationshintergrund und 63 % mit Migrationshintergrund in Vollzeit beschäftigt, bei den Frauen war der Unterschied ähnlich (37 % ohne und 31 % mit Migrationshintergrund). Frauen mit Migrationshintergrund wiesen einen höheren Anteil an Nichterwerbstätigen auf, insbesondere unter den Frauen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (25 %) und aus der Türkei (14 %). ► Abb 1

► Abb 1 Erwerbsstatus nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2016 – in Prozent



¹ Bevölkerung zwischen 17 und 64 Jahren.
² Unter anderem Personen in Elternzeit oder Mutterschutz.
 Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

► Tab 3 Monatliches Nettoerwerbseinkommen nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2016 – in Euro (Median)

	Individuelles Nettoerwerbseinkommen pro Monat			Individuelles Nettoerwerbseinkommen pro Stunde		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Personen ohne Migrationshintergrund ¹	1 680	1 300	2 000	12	11	13
Personen mit Migrationshintergrund ¹	1 500	1 070	1 900	11	10	12
Türkei	1 200	710	1 800	10	8	12
Länder des ehemaligen Jugoslawiens	1 450	1 000	1 700	10	9	11
Südeuropa	1 700	1 100	1 900	12	10	13
(Spät-)Aussiedler/-innen	1 510	1 200	1 940	11	10	13
Osteuropa	1 300	900	1 800	10	10	11
17- bis 45-Jährige						
ohne Migrationshintergrund	1 500	1 300	1 700	11	11	10
Migrantennachkommen	1 450	1 200	1 700	10	11	10

¹ Erwerbstätige Bevölkerung zwischen 17 und 64 Jahren.
Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

Insgesamt waren Personen mit Migrationshintergrund häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Personen ohne Migrationshintergrund (10 % gegenüber 7 %). Dies traf 2016 insbesondere auf Migrantinnen und Migranten aus der Türkei zu, von denen 15 % arbeitslos waren. Besonders interessant ist auch der Vergleich zwischen den 17- bis 45-Jährigen mit und ohne Migrationshintergrund. Migrantennachkommen besuchten häufiger eine Schule oder studierten als die gleichaltrige Population ohne Migrationshintergrund (15 % gegenüber 9 %), gleichzeitig waren sie seltener Vollzeit erwerbstätig (41 % gegenüber 49 %). Weibliche Migrantennachkommen waren auch seltener in Teilzeit beschäftigt als gleichaltrige Personen ohne Migrationshintergrund (25 % gegenüber 29 %).

Neben dem Erwerbsstatus ist auch die Höhe des erzielten Erwerbseinkommens ein zentraler Indikator für die Qualität eines Arbeitsplatzes. Das monatliche Nettoerwerbseinkommen von Personen mit Migrationshintergrund lag im Jahr 2016 rund 180 Euro unterhalb des Durchschnitts der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund. Neben Personen ohne Migrationshintergrund (1 680 Euro im Monat) wiesen Personen aus Südeuropa mit durchschnittlich etwa 1 700 Euro die höchsten Einkommen auf, während Personen aus der Türkei die geringsten monatlichen Nettoerwerbseinkommen er-

zielten (etwa 1 200 Euro). Wenn man diese monatlichen Nettoerwerbseinkommen in entsprechende Stundenlöhne umrechnet, ergibt sich eine Differenz von ungefähr 2 Euro pro Stunde zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Migrantinnen und Migranten aus der Türkei. Frauen aus der Türkei und aus Ländern des ehemaligen Jugoslawiens erzielten besonders niedrige Stundenlöhne. Derartig starke Unterschiede lassen sich jedoch nicht mehr beim Vergleich zwischen Migrantennachkommen und Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund feststellen (1 450 Euro pro Monat und 10 Euro pro Stunde gegenüber 1 500 Euro und 11 Euro). ► Tab 3

Ein Grund für das vergleichsweise niedrige Nettoerwerbseinkommen von Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen liegt in ihrer durchschnittlich geringer qualifizierten beruflichen Stellung. So waren sie häufiger als un- oder angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter tätig als Personen ohne Migrationshintergrund (21 % gegenüber 11 %), wobei dies insbesondere auf Personen aus der Türkei (34 %) und auf Personen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (29 %) zutraf. Gleichzeitig waren Personen mit Migrationshintergrund seltener in mittleren und höheren Angestelltenberufen beschäftigt als Personen ohne Migrationshintergrund (36 % gegenüber 45 %). Unter den Menschen mit

Migrationshintergrund besetzten vor allem Migrantinnen und Migranten aus Südeuropa, Osteuropa und (Spät-)Aussiedler höhere und mittlere Angestelltenpositionen. Darüber hinaus waren Personen mit Migrationshintergrund nur selten in den Beamtenberufen vorzufinden, da diese die deutsche Staatsbürgerschaft voraussetzen.

Für Personen mit und ohne Migrationshintergrund zeigen sich ähnliche geschlechtsspezifische Unterschiede in der Verteilung der beruflichen Stellungen. So waren Männer mit und ohne Migrationshintergrund häufiger Facharbeiter und Meister (20 % beziehungsweise 19 % gegenüber 4 % beziehungsweise 3 % der Frauen), während Frauen mit und ohne Migrationshintergrund häufiger eine Stellung als einfache Angestellte besetzten (21 % beziehungsweise 30 % gegenüber 9 % beziehungsweise 15 % der Männer). Die Verteilung der beruflichen Stellungen fiel bei den Migrantennachkommen etwas besser aus als bei den Personen mit Migrationshintergrund insgesamt. So waren 17- bis 45-jährige Migrantennachkommen seltener als Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt und besetzten dafür häufiger höhere berufliche Stellungen. Insofern ist eine leichte Aufstiegtendenz zu beobachten, die im Besonderen auf Frauen zutrifft, von denen nur noch 12 % als Arbeiterinnen beschäftigt waren. ► Tab 4

► **Tab 4 Berufliche Stellung nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2016 – in Prozent**

	Personen ohne Migrationshintergrund ¹	Personen mit Migrationshintergrund ¹						17- bis 45-Jährige	
		Gesamt	Türkei	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Süd-europa	(Spät-)Aussiedler/-innen	Ost-europa	ohne Migrationshintergrund	Migrantennachkommen
Gesamt									
Arbeiter/-innen	11	21	34	29	18	21	26	12	17
Facharbeiter/-innen/ Meister/-innen	13	11	11	12	22	14	9	11	10
Einfache Angestellte	15	22	29	27	21	22	23	17	24
Mittlere Angestellte	28	21	15	20	20	20	22	28	25
Höhere Angestellte	17	15	4	4	13	13	11	19	16
Selbstständige	8	8	6	5	5	7	8	6	5
Beamtinnen/ Beamte	8	2	0	0	0	2	1	7	3
Männer									
Arbeiter	12	20	35	27	18	22	24	15	22
Facharbeiter/Meister	20	19	18	22	28	27	16	17	16
Einfache Angestellte	9	15	18	19	14	13	19	12	17
Mittlere Angestellte	19	16	13	15	18	16	14	19	20
Höhere Angestellte	21	16	4	7	13	11	15	24	16
Selbstständige	11	11	10	8	6	8	10	7	6
Beamte	8	3	1	0	0	3	1	6	3
Frauen									
Arbeiterinnen	10	22	34	32	26	21	27	8	12
Facharbeiterinnen/ Meisterinnen	4	3	1	1	13	2	3	4	3
Einfache Angestellte	21	30	42	36	28	30	27	23	32
Mittlere Angestellte	38	25	16	25	21	23	28	37	30
Höhere Angestellte	11	12	5	1	12	13	8	14	16
Selbstständige	7	6	2	3	2	9	7	4	3
Beamtinnen	8	2	0	1	0	1	1	9	3

1 Erwerbstätige Bevölkerung zwischen 17 und 64 Jahren.
Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

► **Tab 5 Deutsche Sprachkenntnisse 2015 – in Prozent**

	Sprechen	Schreiben	Lesen
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	75	65	76
Türkei	73	62	69
Länder des ehemaligen Jugoslawiens	80	64	78
Südeuropa	71	55	70
(Spät-)Aussiedler/-innen	80	73	84
Osteuropa	67	57	70
Migrantennachkommen	99	97	99

Antworten »gut« und »sehr gut«.
Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

7.3.4 Deutsche Sprachkenntnisse

Die Sprachkenntnisse wurden differenziert nach Sprech-, Lese- und Schreibfähigkeiten erfasst. Rund drei Viertel der Personen mit Migrationshintergrund schätzten ihre deutschen Sprechkennt-

nisse als »gut« oder »sehr gut« ein (75 %). Besonders häufig stuften Migrantinnen und Migranten aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens und (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler ihre deutschen Sprechkenntnisse als derartig

gut ein (jeweils 80 %). Ein ähnliches Muster ergibt sich auch in Bezug auf die deutschen Lesekenntnisse (insgesamt 76 % »gut« bis »sehr gut«), während Personen mit Migrationshintergrund ihre deutschen Schreibkenntnisse wesentlich seltener als »gut« bis »sehr gut« einschätzten (65 %). Besonders auffällig ist, dass nur 55 % der Personen aus Südeuropa ihre deutschen Schreibkenntnisse als derart gut beschrieben. Fast alle Migrantennachkommen gaben an, die deutsche Sprache »gut« bis »sehr gut« sprechen, schreiben und lesen zu können. Die deutschen Sprachkenntnisse werden in der zweiten Generation also häufiger als »gut« oder »sehr gut« eingeschätzt als in der ersten Generation. ► [Tab 5](#)

► **Tab 6** Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft, Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit, Bleibeabsicht und Überweisungen ins Ausland 2016

	Wahrgenommene Benachteiligung wegen der Herkunft (Anteil »häufig«) ¹	Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit (Anteil »große Sorgen«)	Sorgen um wirtschaftliche Situation (Anteil »große Sorgen«)	In Deutschland für immer bleiben (Anteil »ja«) ¹	Überweisungen ins Ausland (Anteil »ja«)	Durchschnittlicher Betrag der Zahlungen ins Ausland
	in %					in Euro
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	X	48	12	X	1	4 900
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	4	43	19	85	9	2 100
Türkei	8	49	27	74	7	1 190
Länder des ehemaligen Jugoslawiens	5	33	17	89	17	1 340
Südeuropa	2	47	18	78	5	1 430
(Spät-)Aussiedler/-innen	2	40	18	96	6	2 170
Osteuropa	6	36	23	89	20	1 590
Migrantennachkommen	5	47	15	85	2	890

¹ Benachteiligung wegen der Herkunft und die Bleibeabsicht wurden nicht 2016 erhoben. Dementsprechend werden Informationen für 2015 ausgegeben.
 X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.
 Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

7.3.5 Erfahrung von Benachteiligung, Sorgen, Bleibeabsicht und Überweisungen

Im Jahr 2015 gaben 4 % der Personen mit Migrationshintergrund und darunter 5 % der Migrantennachkommen an, häufig Situationen erlebt zu haben, in denen sie aufgrund ihrer Herkunft abgewiesen beziehungsweise benachteiligt wurden. Über solche Erfahrungen berichteten die Herkunftsgruppen in unterschiedlichem Ausmaß. Dabei gaben Personen türkischer Herkunft am häufigsten an, dass sie bereits Situationen erlebt hätten, in denen sie sich benachteiligt fühlten (8 %), während dies nur 2 % der Personen aus Südeuropa und 2 % der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler angaben. ► **Tab 6**

Personen mit Migrationshintergrund machten sich insgesamt etwas seltener große Sorgen um Ausländerfeindlichkeit als Personen ohne Migrationshintergrund (43 % gegenüber 48 %) und Migrantennachkommen (47 %) (siehe auch Kapitel 7.4.5 zum Vergleich mit Geflüchteten). Am seltensten machten sich Personen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawiens Sorgen über dieses Thema (33 %), unter Personen mit türkischer Herkunft waren diese Sorgen am weitesten verbreitet (49 %).

Diese Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen lassen sich auch in Bezug auf die Sorgen um die wirtschaftliche Situation feststellen. Personen türkischer Herkunft machten sich am häufigsten große Sorgen (27 %) und Personen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens am seltensten (17 %). Insgesamt machten sich jedoch deutlich weniger Personen große Sorgen um die wirtschaftliche Situation als um Ausländerfeindlichkeit – dies gilt sowohl für Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund (19 % beziehungsweise 12 %) und Migrantennachkommen (15 %).

Hinsichtlich der Bleibeperspektiven in Deutschland äußerten 85 % der Personen mit Migrationshintergrund den Wunsch, für immer in Deutschland zu bleiben. Die größten Anteile wiesen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler (96 %) und Personen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens sowie aus Osteuropa (jeweils 89 %) auf. Die Absicht in Deutschland zu bleiben war bei Personen türkischer Herkunft (74 %) am niedrigsten. Die schwierigere soziale Situation dieser Gruppe und die stärker verbreitete subjektive Erfahrung von Benachteiligung könnten dieses Ergebnis erklären.

Durchschnittlich ergaben sich in Bezug auf die Bleibeabsicht keine Generationsunterschiede (beide 85 %).

Ungefähr 9 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hatte im Jahr 2016 Geld ins Ausland, also in der Regel in ihre Herkunftsländer, überwiesen. Dies gaben vor allem Personen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawiens und aus Osteuropa (17 % und 20 %) an. Am seltensten hatten Südeuropäerinnen und Südeuropäer Geld überwiesen (5 %). Auch die Migrantennachkommen hatten vergleichsweise selten Zahlungen ins Ausland getätigt (2 %). Konkret handelte es sich dabei auch um äußerst unterschiedliche Summen. Personen mit Migrationshintergrund hatten insgesamt durchschnittlich 2 100 Euro während des vorherigen Jahres an Verwandte und Freunde ins Ausland überwiesen, Migrantennachkommen durchschnittlich 890 Euro.

7.3.6 Zufriedenheit

Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit war bei Personen mit Migrationshintergrund unwesentlich höher als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Dabei waren (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie Personen aus Ost-

► Tab 7 Lebens- und Bereichszufriedenheit 2016 — in Prozent

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund						17- bis 45-Jährige	
		Gesamt	Türkei	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Süd-europa	(Spät-) Aussiedler/-innen	Ost-europa	ohne Migrationshintergrund	Migranten-nachkommen
Mit dem Leben heute	7,3	7,4	7,0	7,4	7,0	7,5	7,4	7,5	7,5
Mit dem persönlichen Einkommen	6,5	6,1	5,3	5,9	6,1	6,4	5,8	6,3	6,0
Mit der Wohnung	8,0	7,7	7,1	7,4	7,7	8,0	7,6	7,7	7,6

Gemessen auf einer Skala von 0 (niedrig) bis 10 (hoch).
Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

europa und aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens vergleichsweise zufrieden mit ihrem Leben heute, während Personen aus der Türkei und Südeuropa vergleichsweise unzufrieden waren (7,5 beziehungsweise 7,4 gegenüber jeweils 7,0 auf einer Skala von 0 bis 10). Vergleichsweise zufrieden mit ihrem derzeitigen Leben waren auch die 17- bis 45-Jährigen sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund (jeweils 7,5). ► Tab 7

Mit dem persönlichen Einkommen waren Personen mit Migrationshintergrund durchschnittlich weniger zufrieden als Personen ohne Migrationshintergrund (6,1 gegenüber 6,5). Besonders Per-

sonen aus der Türkei waren mit ihrem persönlichen Einkommen weniger zufrieden (5,3). Dies ist nicht verwunderlich angesichts der Tatsache, dass sie über ein deutlich niedrigeres Haushaltseinkommen verfügen und häufiger von Armut betroffen sind als andere Gruppen. Vergleichsweise unzufrieden mit ihrem persönlichen Einkommen waren darüber hinaus die 17- bis 45-jährigen Migrantennachkommen (6,0), während gleichaltrige Personen ohne Migrationshintergrund etwas zufriedener waren (6,3).

Bezüglich der Zufriedenheit mit der Wohnung wiesen Personen mit Migrationshintergrund insgesamt leicht gerin-

gere Werte als Personen ohne Migrationshintergrund auf (7,7 gegenüber 8,0). Dabei könnte die geringere Zufriedenheit bei Personen mit Migrationshintergrund auf ihre durchschnittlich kleineren Wohnungen bei gleichzeitig höheren Mieten zurückzuführen sein (siehe dazu auch Tab 1). Personen aus der Türkei und Ländern des ehemaligen Jugoslawiens waren etwas unzufriedener mit ihrer Wohnung (7,1 und 7,4) als der Durchschnitt der Personen mit Migrationshintergrund. Die 17- bis 45-jährigen Personen mit und ohne Migrationshintergrund waren ähnlich zufrieden mit ihrer Wohnung (7,6 und 7,7).

7.4 Lebenssituation von Geflüchteten

Maria Metzging, Diana Schacht
DIW Berlin

WZB/SOEP

In Kapitel 7.3 wurden bereits ausgewählte Informationen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt und ihrer Lebenssituation in Deutschland auf Grundlage der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) präsentiert. In diesem Kapitel werden ebenfalls anhand der SOEP-Daten entsprechende Informationen zur Lebenssituation von Geflüchteten, die vor dem Jahr 2013 und danach in Deutschland angekommen sind, dargestellt. ► [Info 1](#)

Im Jahr 2015 war in Europa und in Deutschland ein großer Anstieg der Fluchtmigration zu beobachten. Konkret waren zum Jahresende 2016 rund 1,6 Millionen Schutzsuchende in Deutschland registriert (siehe Kapitel 1.2.8, Seite 40). Durch diesen sprunghaften Anstieg von Geflüchteten in Deutschland wurde das Thema der Fluchtmigration eines der zentralen Themen in der deutschen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Wie bereits die Gruppe der Migrantinnen und Migranten insgesamt stellten auch Geflüchtete, die im Jahr 2016 in

Deutschland lebten, keine homogene Gruppe dar. Geflüchtete, die vor 2013 nach Deutschland eingereist waren, kamen mehrheitlich in den 1990er-Jahren nach Deutschland. Während es sich hierbei meist um Personen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens sowie Personen aus arabischen und muslimischen Herkunftsländern handelte, kamen Geflüchtete, die ab 2013 in Deutschland eingereist waren, hauptsächlich aus Syrien, Afghanistan, Irak, den ehemaligen Ländern Jugoslawiens, Eritrea, Somalia, Iran sowie Pakistan.

7.4.1 Lebensbedingungen von Geflüchteten

Im Jahr 2016 besaßen 39 % der Geflüchteten, die vor 2013 in Deutschland angekommen waren, die deutsche Staatsangehörigkeit. Durchschnittlich wanderte diese Bevölkerungsgruppe mit 24 Jahren ein und lebte 2016 seit rund 20 Jahren in Deutschland. Die meisten Geflüchteten, die ab 2013 ankamen, wanderten im Jahr 2015 ein. Sie waren zu diesem Zeitpunkt

► [Info 1](#)

Daten und Methoden

Als Geflüchtete werden in diesem Kapitel alle Personen bezeichnet, die nach ihrer Ankunft in Deutschland ein Asylbegehren/-gesuch geäußert haben. Insofern kann es sich dabei auch um Personen handeln, die zum Befragungszeitpunkt noch keinen anerkannten Schutzstatus besaßen, sondern sich noch im Asylverfahren befanden. Geflüchtete, die 2016 unter 17 Jahre alt waren, werden bei diesen Analysen nicht berücksichtigt. Geflüchtete, die vor 2013 nach Deutschland gekommen waren, aber im Jahr 2016 nicht mehr in Deutschland lebten, da sie in ihr Herkunftsland zurück- oder in Drittstaaten gezogen sind, bleiben ebenfalls unberücksichtigt.

Um belastbare Informationen über die in den letzten Jahren nach Deutschland gelangten Geflüchteten liefern zu können, befragten das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) sowie das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) rund 4 500 erwachsene Geflüchtete, die von Januar 2013 bis Januar 2016 nach Deutschland eingereist waren. Repräsentative Aussagen über frühere Geflüchtete können anhand einer Stichprobe vom IAB und dem SOEP gemacht werden, die unter anderem Geflüchtete, die vor 2013 nach Deutschland gekommen sind, enthält.

Bei Geflüchteten, die sich bereits länger in Deutschland aufhalten, ist eine weiter fortgeschrittene Integration zu erwarten. Aus diesem Grund werden Zuwanderinnen und Zuwanderer, die vor und ab dem Jahr 2013 als Geflüchtete erstmals in Deutschland angekommen sind, getrennt betrachtet und im Folgenden als »neuere« und »frühere« Geflüchtete bezeichnet.

Die in den letzten Jahren nach Deutschland eingewanderten Geflüchteten werden zudem in acht Herkunftsgruppen unterteilt, die den Hauptherkunftsländern der Zuwanderung von Geflüchteten zwischen 2013 und 2016 entsprechen: Syrien, Afghanistan, Irak, die ehemaligen Länder Jugoslawiens, Eritrea, Somalia, Iran sowie Pakistan. Damit sind Vergleiche zwischen Mitgliedern dieser Herkunftsgruppen möglich. Insgesamt wurden rund 600 Geflüchtete, die vor 2013 ankamen, und rund 4 000 Geflüchtete, die seit 2013 ankamen, befragt. Je nach Item kann die Zahl der Personen variieren.

durchschnittlich 29 Jahre alt. Zwischen den Mitgliedern der hier betrachteten Herkunftsgruppen ergeben sich diesbezüglich kaum Unterschiede. Nur Geflüchtete aus Eritrea und Somalia kamen durchschnittlich etwas früher, nämlich bereits im Jahr 2014, nach Deutschland. In Anbetracht ihrer kurzen Aufenthaltsdauer ist es nicht überraschend, dass noch niemand von ihnen über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügte. ▶ Tab 1

Zwischen den Geflüchteten, die vor und ab 2013 in Deutschland angekommen waren, variierte die Einkommenssituation 2016 beträchtlich, vor allem im Hinblick auf das Armutsrisiko und das Haushaltsäquivalenzeinkommen. Während rund 48 % der früheren Geflüchteten von Armut betroffen waren, galt dies für über 90 %

der neueren Geflüchteten. Die Variation über die verschiedenen Herkunftsgruppen hinweg war diesbezüglich eher gering. Im oberen Einkommensbereich (über 150 % des Medianeinkommens) waren Geflüchtete nur äußerst selten vertreten (siehe dazu auch Kapitel 6.4.4, Seite 246). Auch die durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzzetoeinkommen (inklusive Transferleistungen) waren äußerst gering. Dies traf insbesondere auf Geflüchtete zu, die ab 2013 angekommen waren (400 Euro gegenüber 970 Euro bei Geflüchteten, die vor 2013 angekommen waren). Von diesen bezogen rund 80 % Transferleistungen (in Bezug auf Leistungen aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes, ALG II, Sozialgeld, Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter,

pflegeversicherte Leistungen, Wohngeldbezug). Die geringsten Äquivalenzeinkommen verzeichneten private Haushalte afghanischer Herkunft (370 Euro).

Von den neueren Geflüchteten lebten 58 % in Gemeinschaftsunterkünften und 42 % in Privathaushalten. Frühere Geflüchtete in den vorliegenden Stichproben lebten ausschließlich in Privatunterkünften. Der durchschnittliche Mietpreis pro Quadratmeter lag bei früheren Geflüchteten bei etwa 8 Euro. Pro Haushalt wohnten etwa 3 Personen zusammen auf durchschnittlich 31 Quadratmetern pro Person. Die durchschnittliche Wohnfläche von neueren Geflüchteten war in privaten Unterkünften etwas kleiner (29 Quadratmeter pro Person) und in Gemeinschaftsunterkünften wesentlich

▶ Tab 1 Ausgewählte Merkmale der Lebenssituation von Geflüchteten 2016

	Geflüchtete vor 2013 angekommen	Geflüchtete ab 2013 angekommen						
		Gesamt	Syrien	Afghanistan	Irak	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Eritrea, Somalia	Iran, Pakistan
Deutsche Nationalität (in %)	39	0	0	0	0	0	0	0
Mittelwert Aufenthaltsdauer (in Jahren)	20	1	1	1	1	1	2	1
Einwanderungsjahr (Median)	1995	2015	2015	2015	2015	2015	2014	2015
Alter bei Einwanderung (Durchschnitt)	24	29	30	27	29	32	25	29
Einkommensverteilung (in %)								
< 60 % des Medianeinkommens (Armutsrisikoquote)	48	94	95	94	94	97	92	90
60 % – 100 % des Medianeinkommens	40	5	4	4	2	3	5	6
100 % – 150 % des Medianeinkommens	10	1	1	1	2	1	0	2
> 150 % des Medianeinkommens	1	1	0	0	1	0	3	2
Einkommenssituation								
Haushaltsäquivalenzzetoeinkommen (Median in Euro)	970	400	400	370	360	440	400	330
Wohnsituation								
In privaten Unterkünften								
Miethöhe pro Quadratmeter (Mittelwert in Euro)	8	/	/	/	/	/	/	/
durchschnittliche Haushaltsgröße (Anzahl Personen)	3,2	2,6	2,6	2,9	3,1	3,6	1,5	1,7
Wohnfläche pro Person (Mittelwert in Quadratmetern)	31	29	30	28	30	20	34	36
In Gemeinschaftsunterkünften								
durchschnittliche Haushaltsgröße (Anzahl Personen)	X	1,5	1,6	1,5	1,6	2,2	1,1	1,1
Wohnfläche pro Person (Mittelwert in Quadratmetern)	X	9	8	10	7	9	9	9

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

/ keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

► Tab 2 Bildungsniveau nach ISCED 2016 – in Prozent

	Geflüchtete vor 2013 angekommen	Geflüchtete ab 2013 angekommen						
		Gesamt	Syrien	Afghanistan	Irak	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Eritrea, Somalia	Iran, Pakistan
ISCED 0 weniger als Primarbereich	1	0	0	2	1	0	1	0
ISCED 1 Primarbereich	9	32	23	50	40	39	50	17
ISCED 2 Sekundarbereich I	20	20	20	13	21	21	22	24
ISCED 3 Sekundarbereich II	29	19	21	15	11	16	12	36
ISCED 4 postsekundärer nicht tertiärer Bereich	9	4	2	5	1	14	2	5
ISCED 5 kurzes tertiäres Bildungsprogramm	4	0	0	0	0	0	0	0
ISCED 6 und 7 Bachelor oder Master beziehungsweise gleichwertiges Bildungsprogramm	22	17	25	8	17	1	6	11
ISCED 8 Promotion	0	1	2	0	1	0	0	0
ISCED fehlende Angaben	6	7	6	8	7	9	7	6

ISCED: International Standard Classification of Education.
Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

geringer (9 Quadratmeter pro Person). Gleichzeitig war die Haushaltsgröße von neueren Geflüchteten in privaten Unterkünften etwas größer als bei Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften (2,6 gegenüber 1,5 Personen).

7.4.2 Schulische Bildung und berufliche Ausbildung

Der Blick auf das Qualifikationsniveau der Geflüchteten zeigt, dass es hinsichtlich des Bildungsniveaus starke Unterschiede unter den Geflüchteten gibt. Frühere Geflüchtete hatten insgesamt höhere Bildungsabschlüsse als neuere. Während fast jede/jeder dritte Geflüchtete, die/der ab 2013 nach Deutschland eingereist war, nur einen Abschluss im Primarbereich besaß, gilt dies nur für jede zehnte/jeden zehnten Geflüchteten, die/der schon vor dem Jahr 2013 nach Deutschland eingereist war. In Bezug auf den Sekundarbereich I gab es keine Unterschiede in der Verteilung. In beiden Gruppen verfügte ungefähr jede/jeder Fünfte über einen derartigen Abschluss. Während nur 19 % der neuen Geflüchteten 2016 einen Bildungsabschluss im Sekundarbereich II besaßen, traf dies auf 29 % der älteren Geflüchteten zu. Außerdem verfügten frühere Geflüchtete häufiger über einen tertiären Bildungsabschluss (22 % gegen-

über 18 % bei neueren Geflüchteten). Unter den neueren Geflüchteten verfügten Personen aus Syrien und dem Irak vergleichsweise häufig über einen akademischen Abschluss (27 % beziehungsweise 18 %). ► Tab 2

Bei einer genaueren Betrachtung der Geflüchteten, die ab 2013 nach Deutschland eingereist sind, fällt besonders der relativ niedrige Bildungsstand Geflüchteter aus Afghanistan, Eritrea und Somalia auf. Die Hälfte der Personen aus diesen Ländern hatte einen Bildungsabschluss im Primarbereich. Nur wenige hatten einen Abschluss im tertiären Bereich (zwischen 6 % und 8 %). Dies ist vermutlich vor allem auf die seit langer Zeit bestehenden Kriege beziehungsweise Unruhen in Somalia und Afghanistan und die damit verbundenen Ausbildungsunterbrechungen zurückzuführen.

Viele der in den letzten Jahren nach Deutschland eingewanderten Geflüchteten befanden sich vor ihrer Zuwanderung nach Deutschland noch in Ausbildung. Wenn diese unterbrochenen ausländischen Bildungswege ebenfalls bei der Betrachtung der höchsten Bildungsabschlüsse beachtet werden, relativiert sich der Unterschied im Bildungsniveau zwischen den früheren und neueren Geflüchteten. Dann liegt beispielsweise der

Anteil der neueren Geflüchteten, deren höchster Abschluss ein Primarschulabschluss ist, nur noch bei 19 % (zuvor bei 32 %). Auch die Unterschiede im tertiären Bildungsbereich reduzieren sich im Vergleich zu den älteren Geflüchtetenkohorten, wenn die abgebrochenen ausländischen Ausbildungen in die Zuordnung der Bildungsabschlüsse einbezogen werden. Besonders Geflüchtete aus Afghanistan, dem Irak und den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens befanden sich häufig in Ausbildung (30 %, 21 % und 22 %). ► Tab 3

7.4.3 Erwerbseinkommen

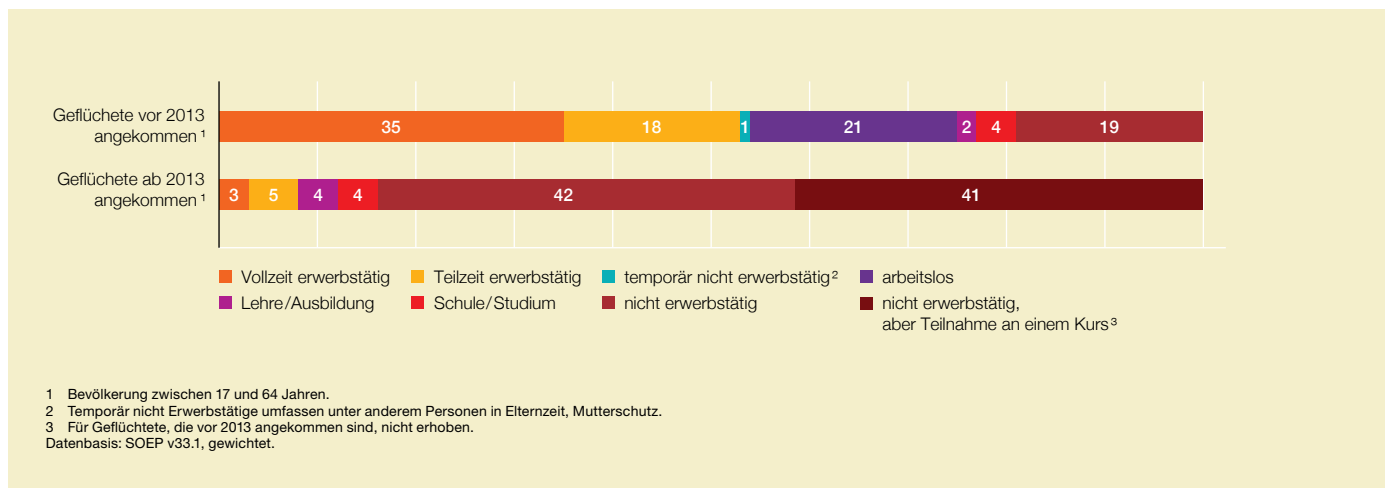
Um ein selbstbestimmtes Leben zu führen, ist die Integration in den Arbeitsmarkt wichtig. Während mehr als die Hälfte der Personen ohne Migrationshintergrund 2016 Vollzeit erwerbstätig war (siehe Kapitel 7.3, Seite 275, Abb 1), arbeiteten nur 35 % der früheren Geflüchteten und 3 % der neueren Geflüchteten in Vollzeit. Insgesamt waren Geflüchtete, die erst seit Kurzem in Deutschland leben, häufiger nicht erwerbstätig als Geflüchtete, die bereits vor dem Jahr 2013 nach Deutschland gekommen waren (83 % gegenüber 19 %). Von diesen nicht erwerbstätigen neueren Geflüchteten besuchten 47 % einen Kurs, etwa den Inte-

► **Tab 3** Bildungsniveau nach ISCED inklusive begonnener Schul- und Ausbildungszeiten im Ausland 2016 – in Prozent

	Geflüchtete ab 2013 angekommen						
	Gesamt	Syrien	Afghanistan	Irak	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Eritrea, Somalia	Iran, Pakistan
ISCED 0 weniger als Primarbereich oder in Ausbildung	14	6	30	21	22	18	8
ISCED 1 Primarbereich	19	18	20	22	17	35	9
ISCED 2 Sekundarbereich I	18	18	11	19	20	20	24
ISCED 3 Sekundarbereich II	25	30	19	16	17	15	40
ISCED 4 postsekundärer nicht tertiärer Bereich	4	4	4	3	14	2	3
ISCED 6 und 7 Bachelor oder Master beziehungsweise gleichwertiges Bildungsprogramm	11	16	4	11	0	5	8
ISCED 8 Promotion	1	1	0	1	0	0	0
ISCED fehlende Angaben	8	7	11	7	9	6	8

ISCED: International Standard Classification of Education.
 Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

► **Abb 1** Erwerbsstatus der Geflüchteten 2016 – in Prozent



grationskurs des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge oder auch Kurse zum Spracherwerb sowie zur Förderung der Arbeitsmarktintegration. Es ist auch zu beachten, dass der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Geflüchtete nur unter bestimmten Bedingungen möglich ist, etwa wenn ihnen im Asylverfahren eine Schutzform wie Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus oder subsidiärer Schutz zugeordnet wurde. ► **Abb 1**

Geflüchtete, die sich erst seit Kurzem in Deutschland befinden, verdienten 2016 im Durchschnitt 480 Euro pro Monat (Median). Im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund, aber auch zu frü-

heren Geflüchteten ist das sehr wenig (siehe Kapitel 7.3, Seite 276, Tab 3). Viele dieser Geflüchteten absolvierten Praktika, einen Sprachkurs oder befanden sich in einer Ausbildung, wodurch das niedrigere Einkommen erklärt werden könnte. ► **Tab 4**

7.4.4 Deutsche Sprachkenntnisse

Neben der Integration in den Arbeitsmarkt ist insbesondere der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse ein wichtiger Schritt für eine gelingende Integration in die Gesellschaft. Bei einem Vergleich der Sprachkenntnisse fällt auf, dass frühere Geflüchtete über bessere Deutschkenntnisse verfügten als die in den letzten

Jahren nach Deutschland gelangten Geflüchteten. Ein Großteil der Geflüchteten, die bereits vor dem Jahr 2013 angekommen waren, schätzte im Jahr 2016 seine deutschen Sprechkenntnisse als »gut« bis »sehr gut« ein (66 %). Die deutsche Schreib- und Lesekompetenz wurde ebenfalls von den meisten dieser Gruppe als »gut« bis »sehr gut« eingeschätzt (52 % beziehungsweise 65 %). Die Geflüchteten, die ab 2013 in Deutschland angekommen waren, verfügten seltener über derart gute deutsche Sprachkenntnisse (17 % Sprech-, 20 % Schreib- und 25 % Leseneveu), was größtenteils auf die kurze Aufenthaltsdauer zurückzuführen ist. ► **Tab 5**

► **Tab 4** Monatliches Nettoerwerbseinkommen der Geflüchteten 2016 – in Euro (Median)

	Individuelles Nettoerwerbseinkommen
Geflüchtete vor 2013 angekommen	1 250
Geflüchtete ab 2013 angekommen	480
Syrien	440
Afghanistan	500
Irak	480
Länder des ehemaligen Jugoslawiens	340
Eritrea, Somalia	450
Iran, Pakistan	800

Erwerbstätige Bevölkerung zwischen 17 und 64 Jahren.
Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

► **Tab 5** Deutsche Sprachkenntnisse 2016 – in Prozent

	Sprechen	Schreiben	Lesen
Geflüchtete vor 2013 angekommen	66	52	65
Geflüchtete ab 2013 angekommen	17	20	25
Syrien	21	28	35
Afghanistan	10	12	14
Irak	12	14	20
Länder des ehemaligen Jugoslawien	20	14	17
Eritrea, Somalia	19	17	25
Iran, Pakistan	11	15	16

Sprachkenntnisse »gut« bis »sehr gut«. Sprachkenntnisse wurden bei den früheren Geflüchteten im Jahr 2016 nicht erhoben, deshalb werden hierfür Informationen für 2015 angegeben.
Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

► **Tab 6** Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft, Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit, Bleibeabsicht und Überweisungen ins Ausland 2016

	Wahrgenommene Benachteiligung wegen der Herkunft (Anteil »häufig«) ¹	Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit (Anteil »große Sorgen«)	Sorgen um wirtschaftliche Situation (Anteil »große Sorgen«)	In Deutschland für immer bleiben (Anteil »ja«) ¹	Überweisungen ins Ausland (Anteil »ja«)	Durchschnittlicher Betrag der Zahlungen ins Ausland
	in %					in Euro
Geflüchtete vor 2013 angekommen	6	37	39	91	14	1 610
Geflüchtete ab 2013 angekommen	10	8	33	95	0	X
Syrien	5	4	28	92	0	X
Afghanistan	17	11	28	96	0	X
Irak	6	4	31	98	0	X
Länder des ehemaligen Jugoslawiens	12	6	53	99	0	X
Eritrea, Somalia	8	6	32	99	0	X
Iran, Pakistan	18	18	57	100	0	X

¹ Benachteiligung wegen der Herkunft und die Bleibeabsicht wurden nicht 2016 erhoben. Dementsprechend werden Informationen für 2015 ausgegeben.

X Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll.
Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

7.4.5 Erfahrung von Benachteiligung, Sorgen, Bleibeabsicht und Überweisungen ins Ausland

Erfahrungen mit Benachteiligungen aufgrund der Herkunft geben Auskunft über Abweisungen und Diskriminierungserfahrungen im alltäglichen Leben. Hierbei haben Geflüchtete verschiedener Herkunftsgruppen unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Dabei gaben 6 % der Geflüchteten, die vor 2013 eingereist waren, und 10 % der Geflüchteten, die ab 2013 eingereist waren, an, häufig persönliche Erfahrungen mit Benachteiligung aufgrund ihrer Herkunft erlebt zu haben. Hierbei berichteten Personen mit afghanischer, iranischer oder pakistanischer

Herkunft am häufigsten, Benachteiligung erfahren zu haben (17 % beziehungsweise 18 %), Personen syrischer oder irakischer Herkunft am seltensten (5 % beziehungsweise 6 %). ► **Tab 6**

Geflüchtete, die bereits vor dem Jahr 2013 nach Deutschland gekommen waren, machten sich häufiger große Sorgen bezüglich der Ausländerfeindlichkeit in Deutschland als erst vor Kurzem angekommene Geflüchtete (37 % gegenüber 8 %). Unter den neueren Geflüchteten machten sich Personen mit iranischer, pakistanischer und afghanischer Herkunft vergleichsweise oft große Sorgen bezüglich der Ausländerfeindlichkeit (18 % beziehungsweise 11 %).

Unter neueren Geflüchteten waren Sorgen bezüglich der wirtschaftlichen Situation (33 %) deutlich weiter verbreitet als Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit. Dabei hatten vor allem Geflüchtete aus dem Iran beziehungsweise Pakistan und aus dem ehemaligen Jugoslawien häufig große Sorgen in Bezug auf die wirtschaftliche Situation (57 % und 53 %).

Ein Großteil der neueren und früheren Geflüchteten möchte in Deutschland bleiben (95 % beziehungsweise 91 %). Unter den neueren Geflüchteten gaben Personen aus Syrien am seltensten an, dass sie für immer in Deutschland bleiben wollten (92 %).

Während erst in den letzten Jahren in Deutschland angekommene Geflüchtete

► Tab 7 Lebens- und Bereichszufriedenheit 2016

	Geflüchtete vor 2013 angekommen	Geflüchtete ab 2013 angekommen						
		Gesamt	Syrien	Afghanistan	Irak	Länder des ehemaligen Jugoslawiens	Eritrea, Somalia	Iran, Pakistan
Mit dem Leben heute	7,0	6,9	6,9	7,1	6,9	7,0	7,3	6,2
Mit dem persönlichen Einkommen	5,3	5,2	5,4	5,8	4,7	4,6	5,5	6,4
Mit der Wohnung	6,9
Mit der Wohnsituation	.	6,2	6,6	5,5	6,2	6,1	6,2	6,1

Gemessen auf einer Skala von 0 (niedrig) bis 10 (hoch).
 . Nicht erhoben.
 Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

► Tab 8 Nachzugspotenzial 2016

	Geflüchtete	Familien-angehörige	Familien-angehörige pro Geflüchtetem
	in %	Anzahl Personen	Anzahl Personen
Nachzugsberechtigte Familien-angehörige im Ausland	14	2,1	0,3
Ehepartner/-in im Ausland	12	1,0	0,1
minderjährige Kinder im Ausland	9	2,0	0,2
Erweiterte Kernfamilie im Ausland	19	2,4	0,4
Lebenspartner/-in (unverheiratet) im Ausland	1	1,0	0,0
Kinder im Ausland	13	2,2	0,2

Lesehilfe: 14% der Geflüchteten 2016 hatten nachzugsberechtigte Familienangehörige im Ausland. Durchschnittlich waren dies 2,1 Personen. Auf einen Geflüchteten kommen insofern 0,3 nachzugsberechtigte Personen.
 Datenbasis: SOEP v33.1, gewichtet.

im Jahr 2015 nahezu keine Zahlungen ins Ausland tätigten, überwiesen 14 % der Geflüchteten, die bereits länger in Deutschland lebten, Gelder an Verwandte und Freunde im Ausland. Im Durchschnitt hatten sie einen Betrag von 1 610 Euro im Jahr vor der Befragung überwiesen.

7.4.6 Zufriedenheit

Mit Blick auf ausgewählte Indikatoren zur Zufriedenheit, mit dem Leben heute, dem persönlichen Einkommen und der Wohnung (frühere Geflüchtete) beziehungsweise Wohnsituation (neuere Geflüchtete), zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den neueren und früheren Geflüchteten und den Herkunftsgruppen. Im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund zeigt sich, dass Geflüchtete im Durchschnitt weniger zufrieden mit ihrem Leben heute und ihrem persönlichen Einkommen waren (siehe Kapitel 7.3, Seite 279, Tab 7). Angesichts

der Tatsache, dass Geflüchtete über ein niedrigeres persönliches Einkommen verfügten, häufiger unter Armut und unter einer schlechteren Wohnsituation litten, überrascht dieses Ergebnis nicht.

Vor allem neuere Geflüchtete, die in Gemeinschaftsunterkünften wohnten, waren wesentlich unzufriedener mit ihrer Wohnsituation (die durchschnittliche Zufriedenheit von 6,2 setzt sich aus einer Bewertung von 7,3 in privaten Unterkünften und 5,0 in Gemeinschaftsunterkünften zusammen). Auch dieses Ergebnis ist nicht überraschend, da unter anderem die Quadratmeterzahl pro Person in Gemeinschaftsunterkünften ein Vielfaches unter der von Privatunterkünften liegt. ► Tab 7

7.4.7 Nachzugspotenzial

Abschließend wird das Nachzugspotenzial der ab 2013 eingereisten Geflüchteten betrachtet. Asylberechtigte beziehungsweise

Geflüchtete, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt sind, haben laut Völker- und EU-Recht Anspruch auf Nachzug ihres Ehepartners/ihrer Ehepartnerin, ihres/ihrer der Ehe gleichgestellten eingetragenen Lebenspartners/Lebenspartnerin und ihrer minderjährigen Kinder. Als Nachzugspotenzial werden hier zunächst Ehepartner und minderjährige Kinder gezählt. Dabei wird nicht weiter differenziert, inwiefern die Geflüchteten das Nachzugspotenzial auch nutzen werden beziehungsweise rechtlich nutzen dürften.

Im Jahr 2016 hatten 12 % der erwachsenen Geflüchteten einen Ehepartner, der im Ausland lebte. Zudem hatten 9 % der Geflüchteten im Durchschnitt rund zwei minderjährige Kinder, die im Ausland lebten. Insgesamt hatten 14 % der Geflüchteten nachzugsberechtigte Familienangehörige. Durchschnittlich sind das rund 2,1 Familienangehörige. Damit kommen auf einen erwachsenen Geflüchteten im Durchschnitt 0,3 nachzugsberechtigte Personen. ► Tab 8

Erweitert man den Personenkreis der nachzugsberechtigten Familienangehörigen um nicht eingetragene Lebenspartner und erwachsene Kinder (erweiterte Kernfamilie), steigt der Anteil der Geflüchteten, die entsprechende Familienangehörige hatten, geringfügig an (19 % gegenüber 14 %). Im Durchschnitt hatten diese Geflüchteten rund 2,4 Familienangehörige ihrer erweiterten Kernfamilie im Ausland. Somit ergeben sich pro erwachsenen Geflüchteten 0,4 Personen, die als Familienmitglied nachziehen könnten.

7.5 Jugend- kriminalität

Thomas Baumann

Statistisches Bundesamt
(Destatis)

Im Vordergrund der öffentlichen Diskussion über Jugendkriminalität stehen oft junge Intensiv- und Gewalttäter, insbesondere wegen ihrer großen Bedeutung für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Über entsprechende Fälle berichten Medien in der Regel ausführlich. Darüber hinaus gibt es auch andere Fälle der Überschreitung gesellschaftlicher Normen. Von der Vielzahl der Ereignisse, die Opfer oder Tatzeugen wahrnehmen und als »kriminell« bewerten, melden diese nur einen Teil den Behörden. In der kriminologischen Forschung wird dies als »Hellfeld« bezeichnet. Die Anzeigewahrscheinlichkeit ist nicht für alle Delikt- beziehungsweise Tätergruppen gleich hoch und variiert auch nach Deliktart und -schwere. Ohne eigene Kontrollaktivitäten der Strafverfolgungsbe-

hörden bleiben die nicht angezeigten Ereignisse aus Sicht der Behörden im »Dunkelfeld«. Wenn den zuständigen Strafverfolgungsbehörden in Deutschland Ereignisse bekannt werden, gibt ihnen insbesondere die Strafprozessordnung (StPO) vor, wie sie zu verfahren haben. Daher bedeutet die Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen eine Person nicht automatisch, dass die Person tatsächlich »kriminell« im Sinne des Gesetzes war, sondern nur, dass die Strafverfolgungsbehörden – insbesondere Polizei und Staatsanwaltschaft – aufgrund einer Anzeige oder eigener Beobachtung entsprechend der Gesetze ermitteln. Dabei steht am Anfang des Verfahrens immer ein hinreichender Verdacht, dass eine Straftat im Sinne des deutschen Strafrechts vorliegen könnte.

► Info 1

Datenquellen

Die **Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)** für die Bundesrepublik Deutschland wird vom Bundeskriminalamt auf der Grundlage der von den 16 Landeskriminalämtern gelieferten Landesdaten erstellt. Gegenstand der PKS sind die der Polizei bekannt gewordenen Verdachtsfälle auf das Vorliegen von Straftaten und die polizeilichen Ermittlungsergebnisse. Als Straftat zählen in dieser Statistik Verbrechen und Vergehen einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche entsprechend des deutschen Strafrechts. Nicht in der PKS erfasst werden: Staatsschutzdelikte, die meisten Verkehrsdelikte, Ordnungswidrigkeiten, Delikte, die nicht zum Aufgabenbereich der Polizei gehören (wie Finanz- und Steuerdelikte), sowie Straftaten, die unmittelbar bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.

Die PKS beruht auf dem Erkenntnisstand bei Abschluss der polizeilichen Ermittlungen und bei Übergabe der Akten an die Staatsanwaltschaften. Ein von der Polizei eingeleitetes Strafverfahren kann nur von der Staatsanwaltschaft abgeschlossen werden. Dabei werden Straftaten zum Teil von der Polizei anders bewertet als von der Staatsanwaltschaft oder den Gerichten, unter anderem wegen des unterschiedlichen Ermittlungsstandes.

Die gerichtliche **Strafverfolgungsstatistik** für die Bundesrepublik Deutschland wird vom Statistischen Bundesamt auf der Basis von Landesergebnissen der 14 statistischen Ämter der 16 Bundesländer aufbereitet. Gegenstand dieser Statistik sind rechtskräftige Aburteilungen. Daher beziehen sich die jährlichen Ergebnisse auf das jeweilige Jahr der Rechtskraft einer gerichtlichen Entscheidung, nicht auf das Jahr der Tatbegehung oder der Erstverurteilung.

Die Strafverfolgungsstatistik erfasst keine Ordnungswidrigkeiten, sondern nur Verbrechen und Vergehen nach dem Strafgesetzbuch (StGB) oder anderen Bundesgesetzen beziehungsweise Vergehen nach Landesgesetzen. Anders als die PKS erfasst die gerichtliche Strafverfolgungsstatistik alle Staatsschutzdelikte und alle Verkehrsdelikte. Ebenfalls erfasst werden auch alle unmittelbar bei der Staatsanwaltschaft angezeigten Sachverhalte, sofern diese von der Staatsanwaltschaft nach Abschluss des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens vor Gericht gebracht werden.

Die Gesamtzahl der rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidungen (Aburteilungen) bezieht sich auf Angeklagte, gegen die Strafbefehle erlassen wurden beziehungsweise Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen worden sind. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten und aus Personen, gegen die andere Entscheidungen (unter anderem Einstellung, Freispruch) getroffen wurden. Bei der Aburteilung von Angeklagten, die in Tateinheit (§ 52 StGB) oder Tatmehrheit (§ 53 StGB) mehrere Strafvorschriften verletzt haben, ist nur der Straftatbestand statistisch erfasst, der nach dem Gesetz mit der schwersten Strafe bedroht ist.

Die Staatsanwaltschaft als leitende Ermittlungsbehörde muss dann belastende und entlastende Aspekte prüfen. Im Ergebnis kann die Staatsanwaltschaft in ihrer Abschlussverfügung Anklage gegen Tatverdächtige erheben, sie kann aber auch je nach Einzelfall zu einer anderen Bewertung des Ermittlungsstandes gelangen. Im Fall einer Anklage entscheiden Gerichte über den Fortgang des Strafverfahrens.

Über die Tätigkeit der Polizei berichtet jährlich die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes, über die Tätigkeit der Justiz berichten jährlich die Rechtspflegestatistiken der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die nachfolgenden Ausführungen zeigen Ergebnisse dieser Hellfeld-Statistiken mit dem Fokus auf Jugendliche. ▶ [Info 1](#)

7.5.1 Tatverdächtige

Im Jahr 2016 konnten Polizeidienststellen in Deutschland von den insgesamt rund 6 372 500 registrierten Verdachtsfällen auf das Vorliegen einer Straftat 3 584 200 Fälle aufklären und für diese insgesamt 2 360 800 Tatverdächtige ermitteln. ▶ [Tab 1](#)

Während sich die Wohnbevölkerung in Deutschland zu etwa gleichen Anteilen aus Frauen und Männern zusammensetzt, waren Männer bei den polizeilich registrierten Tatverdächtigten mit 75 % über-

repräsentiert. Etwa neun von zehn in Deutschland lebende Personen haben die deutsche Staatsbürgerschaft, bei den Tatverdächtigen waren dies im Jahr 2016 rund sechs von zehn. Die Gesamtzahl der Tatverdächtigen war gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (-0,3%), hingegen gab es bei den ausländischen Tatverdächtigen einen Anstieg um 4,6%. Dies lag insbesondere an ausländerrechtlichen Verstößen – beispielsweise unerlaubte Einreise und unerlaubter Aufenthalt – im Zusammenhang mit der Zuwanderung nach Deutschland.

Hinsichtlich der Alterszusammensetzung wurden 2016 insgesamt rund 90 600 Kinder, 209 800 Jugendliche (14 bis 17 Jahre), 232 100 Heranwachsende (18 bis 20 Jahre) und 1 828 300 Erwachsene (ab 21 Jahren) registriert. Junge Menschen unter 21 Jahren hatten damit einen Anteil von 23% an allen im Jahr 2016 polizeilich registrierten Tatverdächtigen und waren in Relation zu ihrem Anteil an der Bevölkerung leicht überrepräsentiert. Die fallbezogene Zählung der Polizeilichen Kriminalstatistik führt dazu, dass auch strafunmündige Kinder unter 14 Jahren als Tatverdächtige registriert werden. In den Justizstatistiken sind sie hingegen nicht enthalten, da Gerichte nach dem Gesetz nur strafmündige Personen für eine verübte Straftat verurteilen können.

Von den jugendlichen Tatverdächtigen im Jahr 2016 waren rund 74% Männer und 62% hatten die deutsche Staatsangehörigkeit. Sieht man von den aufenthaltsbezogenen Delikten ab, wurden sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen Jugendlichen häufig Diebstahl- und Körperverletzungsdelikte registriert. Das hier zugrunde gelegte Jahrbuch 2016 des Bundeskriminalamtes (BKA) enthält auch zusätzliche Informationen zu den ausländischen Tatverdächtigen.

7.5.2 Verurteilte

Bei einem großen Teil der polizeilich ermittelten strafmündigen Tatverdächtigen kommt es im weiteren Gang des Strafverfahrens nicht zu einer rechtskräftigen Verurteilung. Die Diskrepanz zwischen der Anzahl polizeilich ermittelter Tatverdächtiger und der Anzahl rechtskräftig Verurteilter im selben Kalenderjahr hat verschiedene Gründe. So beging nur etwa ein Drittel der rechtskräftig Verurteilten die Tat auch im Verurteilungsjahr, die anderen verübten die Tat früher. Bei einem Teil der Tatverdächtigen bestätigte sich im Rahmen der staatsanwaltschaftlichen Ermittlung der ursprüngliche Tatverdacht nicht, sodass das Strafverfahren eingestellt wurde. Darüber hinaus wird teilweise aus Opportunitätserwägungen, insbesondere bei Vergehen mit geringem

▶ **Tab 1** Tatverdächtige

	2015		2016		Veränderung gegenüber 2015	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Insgesamt	2 369 036	100	2 360 806	100	-8 230	-0,3
Männer	1 781 388	75,2	1 767 739	74,9	-13 649	-0,8
Frauen	587 648	24,8	593 067	25,1	+5 419	+0,9
Deutsche Staatsangehörige	1 457 172	61,5	1 407 062	59,6	-50 110	-3,4
Ausländische Staatsangehörige	911 864	38,5	953 744	40,4	+41 880	+4,6
Kinder (0 bis 13 Jahre)	79 371	3,4	90 610	3,8	+11 239	+14,2
Jugendliche (14 bis 17 Jahre)	218 025	9,2	209 808	8,9	-8 217	-3,8
Heranwachsende (18 bis 20 Jahre)	231 426	9,8	232 082	9,8	+656	+0,3
Erwachsene (ab 21 Jahren)	1 840 214	77,7	1 828 306	77,4	-11 908	-0,6

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik

Strafrahmen und einer geringen Schuld, das Verfahren nicht weitergeführt.

Im Jahr 2016 trafen deutsche Gerichte insgesamt rund 900 600 rechtskräftige Entscheidungen in Strafsachen. Dabei wurden rund 737 900 Personen rechtskräftig verurteilt und bei 162 700 Personen wurden andere Entscheidungen getroffen (unter anderem Freispruch, Verfahrenseinstellung). Ähnlich wie bei den polizeilich registrierten Tatverdächtigen ist statistisch gesehen auch die gerichtlich registrierte Kriminalität ein vorwiegend männliches Phänomen: Vier von fünf der im Jahr 2016 Verurteilten waren Männer. Während 11 % der in Deutschland lebenden Personen keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, waren es bei den gerichtlich rechtskräftig Verurteilten 31 %. Der Anteil der Verurteilten ohne deutsche Staatsangehörigkeit an allen Verurteilten ist in den zurückliegenden Jahren angestiegen. In den Jahren 2015 und 2016 verzeichnete die Bundesrepublik Deutschland auch einen starken Zuwachs des ausländischen Bevölkerungsanteils. Ein direkter Vergleich der Ausländeranteile zwischen Verurteilten und der Gesamtbevölkerung ist allerdings nur eingeschränkt möglich: Zur Bevölkerung werden nur die einwohnerrechtlich registrierten Personen gezählt. Dagegen werden Ausländer bei einer Verurteilung auch

dann in der Strafverfolgungsstatistik erfasst, wenn sie sich illegal in Deutschland aufhalten oder die Straftat als Touristen – etwa ein Verkehrsdelikt – begangen haben. Der Aufenthaltsstatus wird in der Strafverfolgungsstatistik nicht erfasst. ▶ Tab 2

Hinsichtlich der Alterszusammensetzung wurden 2016 insgesamt 29 600 Jugendliche, 52 900 Heranwachsende und 655 400 Erwachsene rechtskräftig verurteilt. Der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden an allen Verurteilten lag 2016 bei 11 %. Auch in der gerichtlichen Strafverfolgungsstatistik findet sich somit eine Überrepräsentation von Jugendlichen und Heranwachsenden in Relation zu ihrem Anteil an der Bevölkerung.

Jugendtypische Straftaten sind Diebstahlsdelikte beziehungsweise Körperverletzungsdelikte. Im Jahr 2016 wurde die Hälfte der Jugendlichen wegen dieser Deliktgruppen verurteilt. Die mit hohem finanziellen Schaden verbundene schwere Vermögenskriminalität sowie die schweren Formen der Gewaltkriminalität oder auch Straftaten im Straßenverkehr werden eher von Erwachsenen begangen. Wenn Delikte mit geringerem Strafrahmen häufiger eingestellt werden, verschiebt sich das Deliktpektrum der gerichtlich registrierten Kriminalität zu den schwereren Straftaten. Dies wird durch die Methodik der Strafverfolgungsstatistik

verstärkt, da auch bei mehreren Straftaten jeweils nur das schwerste Delikt ausgewertet wird. ▶ Abb 1

7.5.3 Sanktionsarten

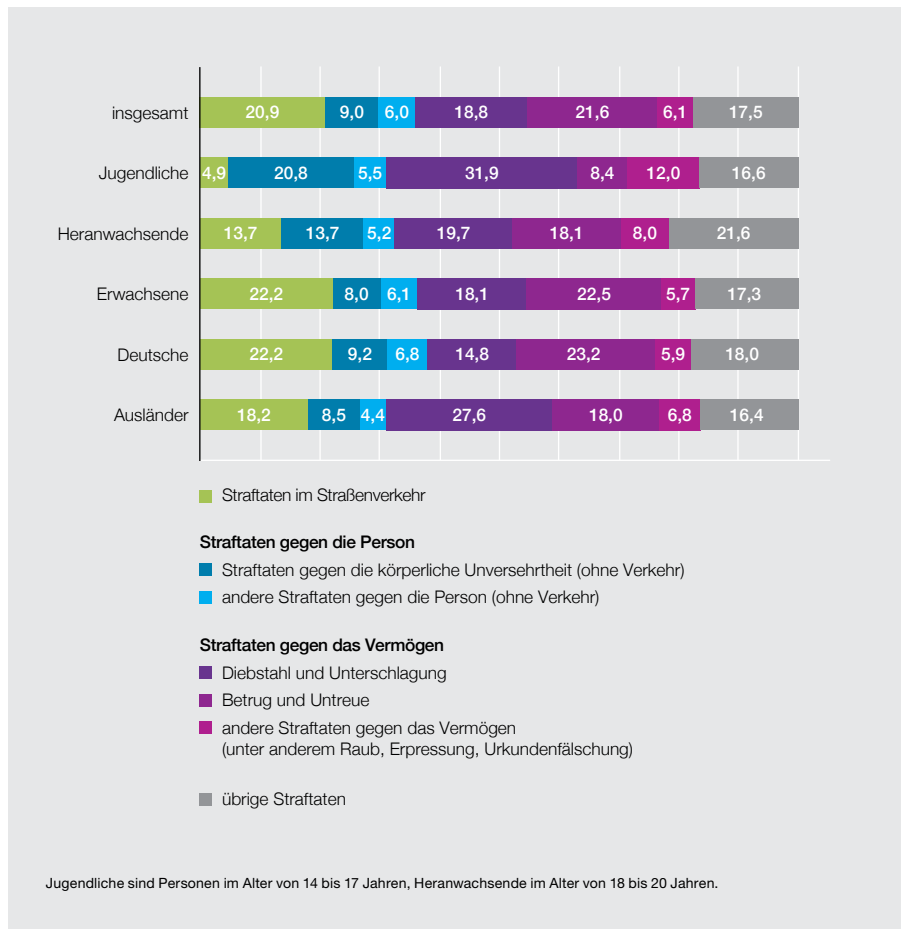
Wenn Staatsanwaltschaften Strafverfahren nicht einstellen, sondern vor Gericht bringen, spielt das Alter der Angeklagten zum Zeitpunkt der Tat eine wichtige Rolle. Für Jugendliche, das heißt Menschen im Alter von 14 bis 17 Jahren, muss das Gericht das Jugendstrafrecht anwenden. Das Jugendstrafrecht stellt die Erziehung der Jugendlichen sowie die Verhinderung weiterer Straftaten in den Vordergrund und bietet dafür ein spezielles, gegenüber dem allgemeinen Strafrecht stärker abgestuftes Sanktionensystem, das von Erziehungsmaßnahmen über Zuchtmittel bis zur Jugendstrafe reicht. Bei der Aburteilung von Straftaten Heranwachsender, die zum Zeitpunkt der Tat bereits 18 Jahre, aber noch keine 21 Jahre alt waren, prüft das Strafgericht, ob Jugendstrafrecht angewandt wird. Wenn sie nach ihrem »Reifeegrad« oder der Art ihrer Tat noch einem Jugendlichen gleichgestellt sind, wird nicht nach allgemeinem, sondern nach Jugendstrafrecht verurteilt. Bei Erwachsenen müssen die Gerichte immer das allgemeine Strafrecht anwenden. Es sieht als Hauptstrafen Freiheits- oder Geldstrafen vor.

▶ Tab 2 Rechtskräftig Verurteilte

	2015		2016		Veränderung gegenüber 2015	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Insgesamt	739 487	100	737 873	100	-1 614	-0,2
Männer	593 254	80,2	594 952	80,6	+1 698	+0,3
Frauen	146 233	19,8	142 921	19,4	-3 312	-2,3
Deutsche Staatsangehörige	529 884	71,7	506 311	68,6	-23 573	-4,4
Ausländische Staatsangehörige	209 603	28,3	231 562	31,4	+21 959	+10,5
Kinder (0 bis 13 Jahre)	X	X	X	X	X	X
Jugendliche (14 bis 17 Jahre)	31 341	4,2	29 620	4,0	-1 721	-5,5
Heranwachsende (18 bis 20 Jahre)	54 535	7,4	52 874	7,2	-1 661	-3,0
Erwachsene (ab 21 Jahren)	653 611	88,4	655 379	88,8	+1 768	+0,3

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

► Abb 1 Verurteilte 2016 – in Prozent



Im Jahr 2016 wandten deutsche Gerichte insgesamt bei rund 61 700 Verurteilten das Jugendstrafrecht an, darunter waren 29 600 Jugendliche und 32 100 Heranwachsende. Von allen nach Jugendstrafrecht Verurteilten erhielten rund 7 800 Personen eine Erziehungsmaßregel als mildeste Sanktion des Jugendstrafrechts. Durch Erziehungsmaßregeln werden Weisungen zur Lebensführung erteilt, beispielsweise an einem sozialen Trainingskurs teilzunehmen. Bei weiteren 43 900 Jugendlichen und Heranwachsenden ahndeten die Gerichte die Straftat mit Zuchtmitteln, wie gemeinnützige Arbeitsleistungen, Zahlung eines Geldbetrags oder Jugendarrest. Zuchtmittel werden verhängt, wenn nach Ansicht des

Gerichts Erziehungsmaßregeln nicht ausreichen, und sind die am häufigsten nach Jugendstrafrecht verhängten Sanktionen. Die übrigen rund 10 000 Jugendlichen und Heranwachsenden, die 2016 nach Jugendstrafrecht verurteilt wurden, erhielten eine Jugendstrafe, da Zuchtmittel zur Erziehung nicht ausreichten, wegen der Schwere der Schuld oder wegen Wiederholungstaten. Bei einem Teil der Verurteilten wird die Vollstreckung der Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt, etwa damit die Straftäter eine begonnene Ausbildung oder ihre Arbeitstätigkeit nicht abbrechen müssen und sich ein Leben ohne weitere Straftaten aufbauen können. Im Jahr 2016 war dies bei rund 5 900 Personen der Fall.